

NACHRICHTEN

Die argentinische Genossenschaft Hotel BAUEN braucht Solidarität.

3

PROJEKTE

»Schwarz-Rote Bergsteiger_innen« aus dem Elbsandsteingebirge stellen ihr Projekt vor.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Zwischen Großkonzernen und Prosumentenkooperation: Die Landschaft der Genossenschaftsmolkereien erweist sich als extrem differenziert.

7

BIOTONNE

Vor kurzem stand da noch der Hambacher Forst. Als Protest gegen die weitere Abholzung des Waldes bildeten Aktivist_innen eine rote Linie.

13

KUNST & KULTUR

Interview mit der US-amerikanischen Autorin Sarah van Gelder zur Transformationstagung in Stuttgart.

14

DER VEREIN CONNECTION HILFT KRIEGSDIENSTVERWEIGERINNEN UND DESERTEURINNEN

Nein zum Krieg

»Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin« – dieser Satz inspirierte die Friedensbewegung der 1980er Jahre, auch die Aktiven der Ortsgruppe Offenbach der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen). Sie unterstützten DeserteurInnen und KriegsdienstverweigererInnen weltweit und gründeten schließlich vor 25 Jahren den selbstorganisierten Verein Connection e.V., dessen bis heute fortgesetzte Arbeit Rudi Friedrich in diesem Contraste-Schwerpunkt präsentiert.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

»Daß Menschwerdung dann beginnt, wenn einer sich von der jeweiligen Truppe entfernt, diese Erfahrung gebe ich hier unumwunden als Ratschlag an spätere Geschlechter« – diese Äußerung ist von Heinrich Böll, dem Verfasser der Kurzgeschichte »Entfernung von der Truppe«, überliefert. Deserteure wurden dagegen in der Bundesrepublik Deutschland – wie in den meisten anderen Staaten – lange als »Vaterlandsverräter«, »Drückeberger«, »Feiglinge«, »Wehrkraftzersetzer« oder »Kameradenschweine« diffamiert.

Nazi-Richter hatten etwa 1,5 Millionen Soldaten verurteilt, 30.000 davon zum Tode. 23.000 dieser Todesurteile wurden in der Tat vollstreckt. Erst nach langen zähen Kämpfen wurden schließlich 2002 wenigstens die »Opfer der NS-Militärjustiz« offiziell rehabilitiert. Der ehemalige Wehrmachtsdeserteur und Friedensaktivist Ludwig Baumann hatte 1990 zusammen mit etwa vierzig noch lebenden

Wehrmachtsdeserteuren und einigen engagierten Wissenschaftlern und Historikern die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gegründet, um eine Aufhebung der Unrechtsurteile durchzusetzen. Mit dem »Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege« ist dies schließlich gelungen.

Seither sind in verschiedenen deutschen Städten Denkmäler für Deserteure errichtet worden, etwa in Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Potsdam und Köln. Literarische Anerkennung fanden sie beispielsweise in Werken von Boris Vian, Alfred Andersch, Heinrich Böll, Gerhard Zwerenz, Ingeborg Bachmann und Siegfried Lenz. Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas insbesondere während des Nationalsozialismus wird – so Ralf Buchterkirchen, Bundessprecher der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) – dadurch erschwert, dass für viele Opfer als Dokument allein die Kriegsgerichtsakte – also das Protokoll der Täter – vorliegt. Darin wird unter

anderem oft die »fehlende Manneszucht« derer, die sich dem Kriegshandwerk verweigern, angeprangert.

In der Tat hat das Militär stets und überall die übelsten Seiten von Patriarchat und Männerbünden hervorgekehrt. Um so verdienstvoller ist der Einsatz für alle, die die militärische Gehorsamsverweigerung praktizieren. Dazu gehören in zeitgenössischen Armeen, die auch Soldatinnen aufnehmen, zunehmend auch Frauen. Ihre Motive anzuerkennen und für eine menschenwürdige Behandlung von Fahnenflüchtigen und KriegsdienstverweigererInnen auch ganz praktisch einzutreten, haben sich die Aktiven von Connection e.V. zur Aufgabe gemacht – ein oft mühsames, aber auch immer wieder von (Teil-)Erfolgen belohntes Unterfangen. Es unterstreicht Hannah Arendts aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus hervorgegangenes Postulat: »Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen.«

So ein Gehorsamsverweigerer ist der US-Deserteur André Shepherd. Er hat deshalb Asyl in Deutschland



▲ Asylsuchender US-Deserteur André Shepherd

Foto: Connection e.V.

beantragt: »Ich wollte Amerika nicht helfen, Unschuldige zu ermorden« begründete er seine Entfernung von der Truppe. 2015 erhielt er dafür den Menschenrechtspreis von Pro Asyl.

Eine zeitgenössische innovative Variante des Sich-dem-Militär-Entziehens haben jüngst zahllose Ukrainer praktiziert. Sie erstellten online Karten, auf denen die Orte vermerkt sind, an denen die Rekrutierer üblicherweise Razzien durchführen. Männer und ihre Familien nutzten die Karten als Leitfaden, um diese Orte zu meiden. Das Phänomen hat sich schnell über das ganze Land ausgebreitet. Der Begleittext zu einer solchen regionalen Karte lautete: »Bevor du in einen Laden gehst, schau nach, ob sich auf deinem

Weg eine Patrouille befindet, ansonsten könntest du dich bald in den Gräben im Donbass wiederfinden.« Und mehr als Zehntausende wehrpflichtige Ukrainer haben das Land verlassen, um dem Kriegsdienst zu entfliehen. Und das größte Problem für die Rekrutierer des Militärs, so der Militärkommissar von Kiew, stellen die jungen Männer dar, die sich dazu entscheiden, vor den Augen der Regierung zu »verschwinden«. Sie ändern ihre Adresse und weigern sich, dies irgendeiner Regierungsbehörde mitzuteilen. Eine kreative Umsetzung des Mottos: »Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin« – leider aber immer noch zu wenig massiv realisiert, um Krieg wirklich unmöglich zu machen.

GEWERKSCHAFTLICHE PROTESTSPENDE FÜR KLIMAKLAGE

Ver.di Mitglieder wollen Energiewende

Warum verklagt ein peruanischer Bergbauer RWE, und warum sammeln Mitglieder von ver.di Spenden für diesen Prozess?

ELISABETH VOSS, BERLIN

Die Stadt Huaraz in den peruanischen Anden ist vom Klimawandel bedroht. Durch die Gletscherschmelze steigt der Pegel eines nahegelegenen Bergsees kontinuierlich. Beim Abbruch eines Gletscherteils oder durch Erdbeben könnten 50.000 Menschen ihre Existenz verlieren. Der peruanische Bergführer und Kleinbauer Saúl Luciano

Lliuya fordert von RWE einen Anteil an den Kosten für Schutzmaßnahmen, entsprechend dem Anteil des Konzerns am weltweiten CO₂-Ausstoß. Es geht dabei nur um einen Betrag von 17.000 Euro, aber es geht auch um die grundsätzliche Frage, ob es rechtens ist, dass ein Konzern nach Belieben zum Klimawandel beiträgt und damit die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört, oder ob er zur Rechenschaft gezogen werden kann. Das Landgericht Essen hat am 15. Dezember 2016 die Klage abgewiesen, Lliuya hat beim Oberlandesgericht

Hamm Berufung dagegen eingelegt. Die NGO Germanwatch unterstützt ihn, zusammen mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Mitglieder der Gewerkschaft ver.di haben sich davon inspirieren lassen und eine Spendenkampagne für die Prozesskosten gestartet. Mit der praktischen Solidarität verbinden sie die Forderung, dass ver.di endlich Ernst macht mit dem Beschluss L001 des Gewerkschaftsrats vom März 2016: »Der Strukturwandel hin zu einer CO₂-armen Energiegewinnung und damit die Abkehr von fossilen Brennstoffen ist ... schnellstmög-

lich zu vollziehen.« Dieser Beschluss markiert einen Wendepunkt in der bislang sehr kohlefreundlich ausgelegten Gewerkschaftspolitik. RWE ist auch für die Zerstörung des Hambacher Forstes verantwortlich. Im Rheinischen Braunkohlrevier hat ver.di noch im Sommer 2016 mit Transparenten wie »Ohne Braunkohlstrom stirbt die ganze Region!« Stimmung gegen die Energiewende gemacht. Jedoch verlangen immer mehr Mitglieder vom ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, dass er als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzen-

der von RWE auch dort im Sinne der geltenden Beschlusslage handelt. So haben die Vertrauensleute Soziales/Kinder/Jugend und der Vertrauensleutevorstand der Wissenschaftsstadt Darmstadt gemeinsam mit Gewerkschaftssekretär Wolfgang Günther in einem Offenen Brief vom Januar 2017 an Bsirske den sofortigen Stopp der Rodung des Hambacher Forstes durch RWE gefordert.

Zur Spendenkampagne: <https://www.betterplace.org/de/fundraising-events/29463-gewerkschaftlerinnen-fur-klimaklage-gegen-rwe>

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN PETITION FÜR DAS HOTEL BAUEN MELDUNGEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT GESCHICHTE VON »CONNECTION« E.V.	SEITE 9
PROJEKTE »SCHWARZ-ROTE BERGSTEIGER_INNEN« AGBERATUNG	SEITE 4	MENSCHENRECHT KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG	SEITE 10
PROJEKTE AVAHI-EIN BAUPROJEKT	SEITE 5	KEIN ASYL FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER? SOLIDARITÄTSARBEIT	SEITE 11
PROJEKTE IST DIE RECHTSFORM FÜR PROJEKTE WICHTIG?	SEITE 6	RUSLAN KÖTSABA KONFERENZ ZUFÜHRUNG	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN GENOSSENSCHAFTSMOLKEREIEN	SEITE 7	BIOTONNE INITIATIVE GEGEN GLYPHOSAT HAMBACHER FORST: AKTION ROTE LINIE	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND NETZWERK PLURALE ÖKONOMIK E.V. REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE	SEITE 8	KUNST&KULTUR INTERVIEW MIT SARAH VAN GELDER DER POLITISCHE KRIMI	SEITE 14
		REZENSIONEN NEUES PARADIGMA DES WISSENS WENN POP GESCHICHTE WIRD ICH KÄMPFE, ALSO BIN ICH VON DEN AUTONOMEN ZUR INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN? DIE PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT - DAS (UN-)BEKANNTE WESEN?	SEITE 15
		TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

AKTION 2017

Alles fließt ...

Liebe Leser*innen,

der altgriechische Philosoph Heraklit sah die Welt als eine, in der alles fließt, wo stets Werden und Vergehen ist. Nehmen wir das Fließen wörtlich, hätte es fast im Mikrokosmos von unserer Contraste ganz anders ausgesehen. Der Spendenfluß wurde zum Rinnsal, aber nun fließen die dringend benötigten Euros wieder. Exakt 500 Euro waren es letzten Monat. Damit wurden bei der Aktion 2017 nun insgesamt 1.549 Euro gespendet. Vielen Dank. Möge es weiter fließen.

Im gesellschaftlichen Makrokosmos kündigt sich das »Vergehen« an. Technologische Neue-

rungen bringen im Kapitalismus Arbeitsplatzverlust und mittelfristig Mehrwertverlust, was allerdings lange mittels Etablierung eines neuen Industriezweiges kompensiert werden konnte. Bei der kommenden Industrie 4.0 schlägt die begonnene Computerisierung nun voll durch. Die Rationalisierung betrifft alle Branchen, ohne dass eine Konjunkturlokomotive wieder massenhaft genügend neue Arbeitsplätze einsaugen könnte. Aus dem Fordismus ist der Casinokapitalismus geworden. Platzt hier nun die eine Blase, wird anstatt mit Wasser mit Benzin gelöscht. Meint, dass das fiktive Kapital sich auf eine nächste noch größere Blase »stürzt«. Solan-

ge, bis auch das nicht mehr gehen wird. Das »Werden« einer postkapitalistischen Ära kündigt sich in einer zunehmenden Projektlandschaft an. Ob das Neue in Fluss kommen wird, wird die Zukunft zeigen. Contraste will dazu jedenfalls ihr Scherflein beitragen.

Vier Neuabos gab es bei drei Kündigungen. Ein Fördermitgliedschaft wurde bei Wegfall von Fördermitteln in ein Kombiabo umgewandelt.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

F.V.	97,00
Iwona Staszewska, Köln	50,00
B.D.	55,00
LC+M.L.	8,00
Florian Heppner, Selm Bork	150,00
Udo Bonn, Schmitzen	40,00
K.M.	10,00
Kai Böhne, Göttingen	75,00
Infostand Stuttgart	15,00

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Schlagzeilen ...

VON ULI FRANK UND BRIGITTE KRATZWALD

Schlagzeilen in einer Tageszeitung unter der Kategorie »Panoptikum« an einem beliebigen Tag: »Fluggäste protestieren wegen Zwischenlandung« – der Pilot war notgelandet, weil ein Passagier einen Schlaganfall erlitten hatte; »Betrug mit der Barmherzigkeit« – in Spanien gaben Eltern ihre elfjährige Tochter als todkrank aus und verprassten eine Million Euro Spenden; »24-jährige in St. Pauli vergewaltigt« – der Asylwerber wurde festgenommen. Drei Beiträge also, die unsolidarisches bis gewalttätiges Verhalten von Menschen zum Inhalt hatten. Wir wissen: nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Trotzdem haben wir uns gefragt: in postkapitalistischen und postnationalen Gesellschaften, die nach der Commons- oder der Care-Logik organisiert wären, gäbe es da auch noch solche Schlagzeilen? Oder andere, vergleichbare?

So sehr wir glauben, dass ein guter Teil von Egoismus und Gewalt dem System geschuldet sind, so wenig glauben wir, dass es eine Gesellschaft ganz ohne Gewalt oder Betrug geben kann. Frustrationen, unerfüllte Wünsche, Neid, Missgunst, Angst können unterschiedliche Ursachen haben, die nicht alle aus einer Systemlogik heraus erklärt werden können. Schauen wir uns die drei Fälle also näher an.

Am ehesten ist das erste Phänomen dem herrschenden System geschuldet. Der ständige Termindruck, die für selbstverständlich gehaltene globale Mobilität, die Prämissen des schneller, weiter und öfter, sind geradezu symptomatisch für das heutige Weltgefühl. In einer Gesellschaft, die nicht auf Wachstum und Konkurrenz aufbaut, sollte es nicht drauf ankommen, eine Stunde früher oder später da zu sein, wenn dafür ein Menschenleben gerettet wird.

Betrugsfälle gäbe es vermutlich auch in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Dass

Menschen versuchen, mit rührseligen Geschichten Mitleid zu erregen, um von anderen ausgehalten zu werden, wäre dann vielleicht sogar noch einfacher, weil es ja das Ziel wäre, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Nur ginge es bei den Spenden vermutlich nicht unbedingt um Geld und deshalb könnte kaum ein Schaden in dieser Größenordnung angerichtet werden. Denn Gebrauchswerte lassen sich nicht so einfach horten wie Geld. Nur das Bedürfnis nach Geld ist unendlich und ebenso die Möglichkeit, Geld zu akkumulieren. Und der grenzenlose Kapitalverkehr macht es möglich, von überall in der Welt darauf zuzugreifen. Dass Menschen jedoch in Commons mehr nehmen als ihnen zustünde, das geschieht immer wieder, dafür müssen immer wieder Konflikte bearbeitet und neue Regeln gefunden werden. Denn Commons sind nicht die besseren Menschen, sie suchen nur nach den besseren Regeln. Diese Regeln müssen einerseits sicherstellen, dass alle bekommen, was sie brauchen und es andererseits möglichst unattraktiv machen, sich mehr zu nehmen und anderen zu schaden. Trotzdem, für eine Negativschlagzeile könnte es allemal reichen.

Der letzte Fall wäre vermutlich nicht durch ein anderes Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem gelöst, bestenfalls würde die Kategorie »Asylwerber« im Bericht wegfallen. Zwar fördert die Situation junger Flüchtlinge Gewaltneigung, und die ist ganz sicher systembedingt. Sexuelle Gewalt bis hin zur Vergewaltigung ist jedoch älter als der Kapitalismus. Schon lange haben Feministinnen festgestellt, dass Geschlechterverhältnisse kein Nebenwiderspruch sind, der sich automatisch auflösen würde, wenn der Kapitalismus zu Ende wäre. Dass wir solche Meldungen nicht mehr in der Zeitung lesen, dafür bliebe vermutlich auch dann noch viel zu tun.

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

.....
 Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **4.951 Euro**

INTERNATIONALE PETITION GEGEN DAS VETO DES ARGENTINISCHEN PRÄSIDENTEN

MELDUNGEN

Hotel BAUEN muss der Belegschaft gehören!



▲ Seit 14 Jahren besteht das Hotel BAUEN inmitten Buenos Aires als Genossenschaft. Jetzt benötigen sie wieder Solidarität, weil der Präsident Argentiniens gegen die Enteignung des früheren Besitzers sein Veto eingelegt hat.

Foto: Ulrike Kumppe

Nach fast 14 Jahren hat der argentinische Senat am 30. November 2016 das Gesetz zur Enteignung des Hotels BAUEN verabschiedet und der von den Arbeiter*innen gegründeten Genossenschaft zugesprochen. Präsident Mauricio Macri legte jedoch aufgrund fadenscheiniger Argumente sein Veto ein.

Das Inkrafttreten dieses Gesetzes würde die Selbstverwaltung der Arbeiter*innen konsolidieren und einen Akt historischer Gerechtigkeit darstellen, da die ursprünglichen Eigentümer das Hotel mit staatlichen Krediten der blutigen Militärdiktatur (1976 – 1983) erbaut haben, welche nie zurückgezahlt wurden. Zudem würde dem sozialen Zweck sowie den kulturellen und solidarischen Aktivitäten Priorität eingeräumt, die tagtäglich in diesem selbstverwalteten Hotel stattfinden, welches beispielhaft für selbstverwaltete Unternehmen in Argentinien und der Welt steht. Präsident Mauricio Macri legte jedoch aufgrund fadenscheiniger Argumente sein Veto ein. Er leugnet den sozialen Zweck der Genossenschaft, verzichtet auf die Rückgewinnung öffentlicher Gelder und lässt 130 Familien auf der Straße stehen. Wir bitten die argentinischen Abgeordneten und Senatoren, das Veto abzulehnen und das Gesetz

zur Enteignung des Hotels BAUEN zu bestätigen, um diese Ungerechtigkeit wiedergutzumachen, die Räumung des Hotels zu verhindern und die Demokratie zu stärken.

Das Hotel BAUEN ist eine der symbolträchtigsten empresas recuperadas (von Arbeiter*innen reaktivierte Unternehmen) Argentiniens. Nach betrügerischen Machenschaften des ursprünglichen Besitzers wurde es Ende 2001 geschlossen und die Angestellten vor die Tür gesetzt. Das enorme, 20-stöckige Gebäude mitten in der Innenstadt von Buenos Aires stand danach über ein Jahr lang leer, bevor es am 21. März 2003 schließlich von einem Teil der ehemaligen Angestellten besetzt wurde. Damit begann die 13-jährige Geschichte der Selbstverwaltung, in deren Verlauf 130 Arbeitsplätze geschaffen wurden und ein von seinen Besitzern entkerntes und verlassenes Hotel praktisch ohne externe Finanzhilfen instand gesetzt wurde. Das Hotel, das zuvor Symbol der Korruption der Mächtigen war, wurde so zu einem Ort der Gemeinschaft und Solidarität für soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Arbeiter*innenverbände, in welchem seither hunderte Konferenzen, Tagungen und Debatten sowie wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen

stattfinden konnten.

Aber das BAUEN ist nicht nur ein Symbol der Selbstverwaltung. Seine Entstehungsgeschichte legt auch die Korruption und Verwicklungen zwischen den wirtschaftlichen Machtzentren sowie der mörderischen Diktatur offen, deren blutige Herrschaft über Argentinien sich von 1976 bis 1983 erstreckte. Das BAUEN wurde mithilfe von Krediten der staatlichen Bank BANADE zur Weltmeisterschaft 1978 erbaut, die nie zurückgezahlt wurden. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz ermöglicht dem argentinischen Staat aufgrund dieser Schulden sowie anderer Verpflichtungen, das Hotel zu enteignen und der von den Arbeiter*innen gegründeten Genossenschaft zu übertragen. Allein das Veto von Präsident Macri steht zwischen dieser historischen Wiedergutmachung und verankert die Straffreiheit der wirtschaftlichen Handlanger der Diktatur. Die Leidtragenden sind die Arbeiter*innen, die unglaublich viel Kraft, Arbeit und Ressourcen in die Reaktivierung des Hotels gesteckt haben.

Als Unterzeichner*innen drücken wir unsere Solidarität mit den Arbeiter*innen des BAUEN aus und hoffen, dass die Abgeordneten in Senat und Abgeordnetenhaus das Gesetz bestätigen und somit die

Fortsetzung dieses Musterbeispiels der Selbstverwaltung ermöglichen werden.

Wenn ihr die Solidaritätskampagne unterstützen möchtet, schreibt an:

solidaritybauencooperative@gmail.com

Mehr Infos zum Hotel BAUEN:

Alix Arnold: »Hotel Bauen erneut bedroht: Präsident Macri legt Veto gegen die Enteignung ein« auf LabourNet Germany
Filmtipp (OmU): <http://de.labournet.tv/video/6127/nosotros-del-bauen-wir-vom-bauen>
für die spanisch Sprechenden unter euch:
<https://www.pagina12.com.ar>: »Macri vetó la expropiación del Bauen«, veröffentlicht am 27. Dezember 2016
<http://anred.org/spip.php?article13263>: »Un abrazo grande como un hotel«

Auf change.org könnt ihr mit eurer Unterschrift die Petition des Hotel BAUEN unterstützen.

Alle direkten links findet ihr gesammelt auf www.contraste.org

Verwaltungsgericht für Klimaschutz

Seit über einem Jahrzehnt gibt es Widerstand gegen die Ausbaupläne des Flughafens Wien Schwechat. Die Widerstandsbewegung konnte kürzlich einen überraschenden Erfolg verbuchen: Das Bundesverwaltungsgericht hat im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung entschieden, dass die klimapolitischen Verpflichtungen, die die österreichische Regierung eingegangen ist, wichtiger sind als wirtschaftliches Wachstum, und den Bau der dritten Piste untersagt. Doch der Kampf ist noch nicht ausgestanden. Gegen das Urteil wird von Seiten der Betreiber berufen und massiv lobbiiert und die Initiative ruft noch einmal zur Unterstützung.

Infos:
systemchange-not-climatechange.at

Tagung: Ökonomische Dimension des Friedens

Vom 10. bis 12. Februar diesen Jahres fand in Imshausen eine Tagung zum Thema »Ökonomische Dimension des Friedens: Solidarische Ökonomie« statt. Unter anderem berichtete Alessandro Viola über die Erfahrungen mit dem italienischen Marcora-Gesetz, das Belegschaftsübernahmen ermöglicht. Claudia Snachez Bajo von der Universität Austin konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Frage Solidarische Ökonomie und Frieden. Außerdem stellten sich solidarökonomische Initiativen aus der Umgebung von Kassel vor.

Wandelwoche 2017

Ein erstes Treffen für die Wandelwoche soll am 30. März 2017 ab 17.00 Uhr stattfinden. Zur Einstimmung sind Berichte von der Wandelwoche 2016 geplant. Eingeladen sind alle Interessierten, um über Themenfelder, mögliche Veranstaltungen und Unterstützungsbedarfe zu sprechen. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Infos:
<http://bbb.wandelwoche.org/touren/>

AUFRUF ZUR ZWEITEN AKTIONSKONFERENZ GEGEN G20 AM 7. UND 8. APRIL IN HAMBURG

Mit frischem Wind in den Segeln

Von Hamburg bis München, von Barcelona bis Athen, von Toronto bis Sydney bereiten sich Aktivist*innen auf die Proteste zum G20 vor – in der Woche vor dem Gipfel wird Hamburg zum Schauplatz vielfältiger Gegenproteste. Gemeinsam wollen wir den Herrschenden ihre Grenzen aufzeigen und unsere Solidarität und gesellschaftlichen Alternativen gegen ihre mörderische, kapitalistische Zerstörungspolitik präsentieren, die zu immer neuen Kriegen, der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, millionenfacher Flucht und globaler Armut führt.

Weltweit erstarken reaktionäre und autoritäre Regime und Bewe-

gungen, die die Verschlechterung der Lebensbedingungen für alle weiter forcieren. Wir laden alle, die sich dem gemeinsam mit uns widerständig und ungehorsam entgegenstellen wollen, vom 7. bis 8. April nach Hamburg ein. Auf der zweiten Aktionskonferenz im Ballsaal im Millerntorstadion, Heiligengeistfeld 1 wollen wir unsere Ideen und Vorstellungen austauschen und eine gemeinsame Choreographie der Protestaktionen planen.

Am 7. und 8. Juli 2017 wird in Hamburg der G20-Gipfel stattfinden. Dagegen regt sich breiter gesellschaftlicher Widerstand:

Plattformen entstehen, Bündnisse bilden sich lokal, überregional und international. Geplant sind bislang ein 'Gipfel für globale Solidarität' (5. und 6. Juli), eine Vorabenddemonstration am 6. Juli, ein Aktionstag am ersten Gipfeltag (7. Juli), mit dem der reibungslose Ablauf des G20-Machtspektakels gestört werden soll und eine internationale Großdemonstration am Samstag, den 8. Juli. Eingerahmt werden die Aktivitäten von Protestcamps in der gesamten Stadt, in denen sich die vielen tausend Aktivist*innen aus aller Welt zu gemeinsamen Aktionen versammeln werden.

Der Startschuss fiel Anfang Dezem-

ber 2016: Zu hunderten kamen Aktivist*innen nach Hamburg, um in die konkrete Vorbereitung zu gehen. In einer Vielzahl von Arbeitsgruppen wird der lokale Widerstand in den Stadtteilen organisiert, bereiten sich feministische und Jugendgruppen auf Aktionen vor, werden Nachttanzdemonstrationen und Raves, werden Blockaden des Gipfels und des Hafens geplant und eine gemeinsame Choreographie der Proteste diskutiert.

Machen wir mit unserem entschlossenen Widerstand deutlich, dass die selbsternannten Retter*innen der Welt nicht willkommen sind – nicht zum G20 in Hamburg oder anderswo!

ANZEIGEN

Viva la autonomía!
 Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
 21107 Hamburg
 Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de
 Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Politisch bewegt durch das Elbsandsteingebirge

Contraste-Redakteur Johannes Dietrich wohnt seit 2015 in der Sächsischen Schweiz. Er ist erstaunt von der Vielzahl an selbstorganisierten, alternativen Strukturen in der Region. Zuletzt ist er auf die »Schwarz-Roten Bergsteiger_innen« (SRB) gestoßen und hat einige Akteur_innen befragt, was sie genau machen.

Hallo Wolf, Daniel, Marina ihr seid die »Schwarz-Roten Bergsteiger_innen« (SRB), eine AG der Freien Arbeiter_innen Union (FAU). Welche Ideen verbinden Euch mit der FAU und dem Anarchosyndikalismus?

Wolf: Nun ja anarchosyndikalistische Gewerkschaften ticken ja in vielem ein wenig anders, als wir das gemeinhin von deutschen Gewerkschaften kennen. Einerseits lehnen sie die Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre ab, genauso wie das Theater in den Parlamenten. Politische Fragen sollen in den Gewerkschaften basisdemokratisch, wenn nicht am besten konsensual diskutiert und entschieden werden und durch direkte Aktionen, wie Streiks oder den Aufbau eigener Strukturen durchgesetzt werden. Das schließt in diesem Verständnis dann nicht nur den Job selbst ein, wie sonst meist in den Zentralgewerkschaften, sondern eben auch die Zeit, die wir brauchen uns zu erholen, oder uns weiterzubilden. Mit den SRB nehmen wir den Aufbau von Sport- und Urlaubsmöglichkeiten selbst in die Hand und machen diesen »Luxus« auch für Prekäre greifbar. Gleichzeitig thematisieren wir mit unseren Bildungsangeboten, warum wirtschaftliche Ungerechtigkeit, Sexismus und Berufsbelastung überhaupt bestehen und diskutieren mit Menschen, wie wir diesen gesellschaftlichen Zustand überwinden könnten.

Marina: Schließlich kommen wir auch in viele Dörfer und Landstriche, in die sich linke Gruppen sonst selten verirren und übernehmen dort durch Diskussionen oder Briefkasteneinwürfe die Aufgabe,



▲ Die Schwarz-Roten Bergsteiger_innen zeigen Flagge - nicht nur am Felsen

Foto: FAU Dresden/Schwarz-Rote Bergsteiger_innen

anarchistische Analysen und Gegenkonzepte überhaupt erstmal bekannt zu machen. Mittlerweile versuchen wir auch mehr und mehr alternative Menschen in der Region zu vernetzen und sich sozial, kulturell und politisch zu unterstützen.

Wolf: Die Theorien und Ansätze die uns dabei einen sind jene des Anarchosyndikalismus. Die FAU als Struktur unterstützt uns dabei durch Bewerbung, Geld und in Form vieler solidarischer Genoss_innen personell. Wir stellen dafür Räume und Angebote für die FAU zur Verfügung.

Was macht ihr im Rahmen der Gruppe?

Daniel: Zum einen stellen wir Übernachtungsplätze im Elbsandsteingebirge bereit, die für Tagungen oder Urlaub von linken Zusammenhängen genutzt werden können. Aktuell arbeiten wir daran, die Übernachtungskapazitäten auszuweiten.

Inhaltlich beschäftigen wir uns mit Themen wie aktuelle Nazistrukturen im Elbsandsteingebirge, Naturschutz

und geschichtliche Aufarbeitung in der Region, vor allem bezüglich der NS-Zeit. Zu verschiedenen Themen stellen wir auch Wanderungen zusammen, die wir Interessierten anbieten. Im Rahmen dieser Wanderungen bieten wir regelmäßig Wanderseminare an. Außerdem führen wir eigene Gedenkaktionen durch.

Marina: Daneben koordinieren wir für die FAU die Organisation und Teilnahme an Aktionen in der Region, zum Beispiel Gegenmobilisierungen bei Demos von NPD und AFD oder die Betreuung von Mitgliedern und Interessierten in der Region. Wir wollen unabhängige FAU-Strukturen in der Region befördern und arbeiten deshalb auf ein libertäres Zentrum hin.

Daniel: Und natürlich gehen wir auch einfach mal so Wandern oder Klettern.

Ihr habt die Kampagne zu libertären Zentren auf dem Land erwähnt. Was wollt ihr damit erreichen und wie setzt ihr das konkret um?

Wolf: Wir würden gerne zu einem Gelände kommen, das Platz für verschiedenste Bedürfnisse bietet. Das umfasst zum einen unsere Arbeit mit Gästen, das heißt weiterhin Unterbringung von größeren Gruppen zu ermöglichen. Zum anderen sollten die Räumlichkeiten Diskussions- und Kulturveranstaltungen dienen, die sich an Menschen in der Region richten. Daran angeschlossen wünschen sich einige von uns ein unabhängiges Wohnprojekt. Aktuell sind wir beständig auf der Suche nach Spenden und weiteren Mitstreiter_innen (Gruppen und Einzelpersonen) die dieses Projekt verbindlich aufbauen wollen. Das Gelände würde dann vermutlich zusammen mit dem Miethäusersyndikat gekauft werden. Zur Zeit backen wir jedoch kleine Brötchen auf einem gepachteten Gelände, mit empfindlichen Einschränkungen, wie der, das Gelände nicht öffentlich bewerben zu können.

Marina: Daneben haben wir auch theoretisch zum Thema gearbeitet und bieten Austausch und Vorträge für andere Gruppen an.

An wen richten sich eure Weiterbildungs- und Gedenkangebote? Was bietet ihr 2017 an?

Daniel: Dieses Jahr haben wir bereits eine kleine Aktion am Tag der Opfer des Faschismus gemacht, dabei wurde ein Felsen bestiegen, der als Wachposten für das KZ Außenlager in Porsdorf genutzt wurde, über das KZ informiert und den Opfern gedacht.

Am 8. Mai wollen wir den Friedensturm besteigen, der am 8. Mai 1945 erstbestiegen wurde, von zwei Leuten die sich in den letzten Kriegswochen in einer nahe gelegenen Boofe versteckt hatten, um der Einziehung zur Wehrmacht zu entgehen.

Im Sommer wird es auch wieder ein großes Wanderseminar geben, dabei werden wir eine Woche lang auf Wanderungen Orte der NS-Verbrechen aber auch Orte des Widerstandes aufsuchen und darüber informieren.

Marina: Prinzipiell richten sich unsere Angebote an Gruppen über 8 Personen und ab 14 Jahren. Die Angebote umfassen eigentlich die gesamte Palette von Themen, mit denen wir uns beschäftigen, mit der Einführung in den Naturraum Elbsandsteingebirge, Antifaschismus, Gedenkarbeit zu Widerstand, frühen und späten KZs in der Region, geschichtliche Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik, Kletterethik und politische Bergsporthistorie der Region, aber eben auch Workshops und Weiterbildung zu aktueller Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Wir erstellen aktuell einen ersten Katalog unserer Bildungsangebote. Me-

nusch kann aber auch gerne direkt bei uns anfragen, wenn es Zeit und Kompetenzen erlauben, arbeiten wir auch gerne einmal etwa aus. Auch sonst schauen wir bei Gruppen eigentlich immer, wo die Bedürfnisse liegen und passen unsere Angebote modular an.

Wenn Leute jetzt Feuer gefangen haben, mehr wissen oder bei euch mitmachen wollen, wie kann mensch euch dann erreichen?

akfreizeit@riseup.net

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Alles gut gemeint....

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Wir als externe Berater_innen, Mediator_innen oder Moderator_innen, wie auch als außenstehende solidarische Unterstützer_innen von Gruppen und Gemeinschaften verfolgen durchgängig eine gute Absicht: zu einer stabilen, gemeinsamen Entschluss- und Handlungsfähigkeit beizutragen, die entschlossene Fortsetzung eines Vorhabens zu erreichen. Den unvermeidlichen Konflikten, Streitigkeiten, Ungenauigkeiten und Gegensätzen in Projekten begegnen wir mit einem gut gefüllten Bauchladen. Es gibt keine menschliche Regung in Gemeinschaften, für die nicht ein passendes Instrument griffbereit in der Methoden-Werkzeugkiste zu liegen scheint: Achtsamkeitsübungen, moderierte Gespräche, Workshops zur gelungenen Kommunikation, Supervision oder letztlich eine universell heilende Rechtsform, um hier nur eine Mini-Auswahl anzudeuten. Alle Interventionen versuchen auf schlaun Wegen über Interessenausgleiche, Kompromisse und vor allem durch gegenseitiges Verstehen und Respektieren die verbindende Geschlossenheit zu reparieren beziehungsweise wieder herzustellen. Schließlich

meinen wir es gut mit den Gruppen!

Zweifelsohne, unsere gleichberechtigten und selbstorganisierten Unternehmungen verdienen (und benötigen) unsere größten Anstrengungen, so gut es irgend geht! - Selten, zu selten wird bei allen Unterstützungsaktivitäten offen erkennbar, dass es dabei auch um den eigenen Erfolg und Anerkennung von uns externen Berater_innen oder solidarischen Unterstützer_innen geht. Beim Auseinanderkrachen, der Beendigung oder der konfliktträchtigen Fortführung (die häufigste Variante) »unter unseren Händen«, trotz unserer Beratung oder Moderation, droht - bewusst oder gefühlt - der Beweis unserer mangelhaften Fachlichkeit oder Fähigkeit. Auch wenn wir das selber nicht so bewerten, liefert dieses Urteil spätestens das interessierte Projektumfeld nach: einfach schlecht beraten oder zu wenig solidarisch unterstützt zu haben. Das hört niemand gerne. Es treibt somit als verdeckte Motivation zu einem einseitigen und gelegentlich unangebrachten Positivismus. Nicht nur in der Contraste lesen wir auch deshalb lieber Erfolgsgeschichten.

Wir übersehen dabei sehr gerne,

dass Gemeinschaft eine begrenzte Haltbarkeit an einem Ort, in einer personellen Zusammensetzung, für ein Ziel oder zu einer Zeit hat. Die eigenen Erkenntnisse, Lebensbedingungen, individuellen Neuausrichtungen, politische oder wirtschaftliche Anforderungen und Gefahren, das alles ändert sich persönlich und gesellschaftlich. Die Aufrechterhaltung einer konstruktiven Kontinuität im Kollektiv hat somit ein Ablaufdatum, muss sich immer wieder neu erfinden und gründen.

Wir wollen eigentlich nicht wahrhaben, dass Kollektivität, neben der von uns allen geliebten Emanzipation, Solidarität und Selbstbestimmung, auch zum Nachlassen der Zivilcourage und der persönlichen Entschlussfreudigkeit beiträgt (leider). Der permanent bemühte Konsens, der Dauerlauf angestrebter Übereinstimmung im Kollektiv und die ausdauertrainierte und kultivierte Einsicht in die Einigkeit als Notwendigkeit zum Handeln, fördert nicht automatisch Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit.

Und letztlich nehmen wir nur ungern zur Kenntnis, dass Gemeinschaften seit Jahrzehnten viele

Menschen anzieht, die im Wesentlichen durch den Wunsch des sozialen Dazugehörens motiviert sind. Das Gut-aufgehoben-sein und die Kompensation von selbstempfundene Schwächen ist die Motivation. Und nicht in erster Linie das mutige und experimentelle Voranschreiten zu neuen Ufern.

Somit ist der oft heftige und wiederkehrende Streit in Gruppen der Normal- und Regelfall. Er ist notwendig, um die Ausrichtung einer Gemeinschaft für alle Beteiligten konstruktiv und tatsächlich kollektiv neu zu gestalten und anzupassen. Die dabei auftretenden Gegensätze sind somit (häufig) notwendige Risse im Gebälk, die nicht zu kitten sind, nicht gekittet werden dürfen. Die Begleitung durch Außenstehende bei der Auflösung, Trennung oder Beendigung von Strukturen und Projekten, ist so mitunter die Vorbereitung für einen besser passenden und wieder entschlossen vorangetriebenen neuen Versuch. Auch wenn es schwer fällt und unseren Hoffnungen widerstrebt. Nicht immer, aber auch!

Willi Schwarz

ROJAVA ALS BEZUGSPUNKT FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG UND EINEN PRAKTISCHEN INTERNATIONALISMUS

Ein Bauprojekt für internationale Solidarität



▲ Die Kooperative Ax û Av (2011) in Bakur (Südosttürkei), ein Beispiel für Lehm- und Ziegelbau in Kurdistan

Foto: Privat

Seit 2012 wird in der Föderation Nord-syrien/ Rojava der sogenannte dritte Weg, das Gesellschaftsmodell der demokratischen Selbstverwaltung, jenseits von Nationalstaat, Patriarchat und Krieg aufgebaut. Die Verteidigung von Nordsyrien/ Rojava durch die Syrian Democratic Forces (SDF), einem Bündnis aus den lokalen Verteidigungskräften, der YPG und YPJ mit christlichen und arabischen Kräften, hat Rojava weltweit bekannt gemacht. Gemeinsam wurde der Vormarsch des sogenannten IS (islamischen Staat) gestoppt.

AUTOR*INNENKOLLEKTIV, AVAHÎ-SOLIDARITY CONSTRUCTION ROJAVA

In den befreiten Kantonen Afrîn, Cizîre und Kobanê schreitet der Aufbau der Demokratischen Autonomie voran. Alle Parteien, Organisationen, Volksgruppen sowie Glaubensgemeinschaften bilden Strukturen und wirken durch diese an der Rätestruktur der demokrati-

schen Selbstverwaltung mit. Parallel versuchen die südkurdische KDP-Regierung (Barzani) und die türkische AKP-Regierung durch ein Embargo zu verhindern, dass notwendige Hilfsgüter und Lebensmittel Rojava erreichen. Dagegen organisieren die Räte die Versorgung sowie das alltägliche Leben. Eine der Strukturen bei diesen Arbeiten ist die Frauenbewegung (Kongreya Star). Die Frauenbewegung organisiert sich in allen Teilen der Gesellschaft parallel zur gemischtgeschlechtlichen Struktur, um den Fokus auf den Abbau patriarchaler Zustände und die Unterstützung der Autonomie der Frauen zu gewährleisten.

Stiftung der Freien Frauen Rojava (WJAR)

Eine Akteurin in dieser Organisation ist die im September 2014 gegründete Stiftung der freien Frauen Rojava (WJAR). Ihre Losung »Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!« ist die Grundlage ihrer Arbeit. Sie baut eine von Frauen geleitete flächendeckende gesundheitliche und psychologische Versorgung für Frauen und Kinder auf. Sie schafft mit ihren Kindergärten eine Bildung für Kinder aller Ethnien in der jeweiligen Muttersprache, mit dem Ziel der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Volksgruppen und Religionen in einem ethnisch-demokratischen Zusammenleben. Sie ermöglicht Frauen einen Zugang zu einer eigenen Ökonomie, indem sie Kooperativen gründet, Ausbildungs-



möglichkeiten und Arbeit für Frauen in verschiedenen Berufszweigen schafft. Allein 2016 hat die Stiftung 6 Kindergärten aufgebaut, zwei Gesundheitszentren in Serê Kaniyê und Qamishlo eröffnet. Sie war und ist in unterschiedlichen Kooperationen, in den Flüchtlingscamps sowohl in Rojava als auch in der Autonomen Region Kurdistans aktiv.

Avahî-Solidarity Construction Rojava

Wir als Avahî arbeiten mit WJAR eng zusammen. Wir sind überwiegend Handwerker*innen und wollen unser Wissen weitertragen, Neues lernen und durch die gemeinsamen Erfahrungen Brücken der Solidarität bauen. Jeder Mensch besitzt je nach Ausbildung, Interesse oder Erfahrung unterschiedliche Fähigkeiten. Diese Fähigkeiten gilt es sowohl vor Ort als auch international zur Unterstützung revolutionärer Freiheitskämpfe einzusetzen.

Die vorangegangene Beschreibung der aktuellen Situation zeigt die Schwierigkeiten für die Umsetzung unseres Projektes. Da die Rohstoffproduktion innerhalb von Rojava durch den Krieg annähernd zum Erliegen gekommen ist, werden wir

langfristige Solidaritätsarbeit legen. Rojava sollte Bezugspunkt aller demokratischer Kräfte sein, somit ist es an uns, an dem Aufbau mitzuwirken, zu Lernen und eigene Strukturen aufzubauen. Die demokratische Autonomie ist keine abstrakte Utopie einer Gesellschaft, es ist der konkrete Aufbau einer befreiten Gesellschaft und jede*r sollte nach Möglichkeit dafür einstehen.

Mehr Infos

Mail: avahi@riseup.net
Web: avahi.noblogs.org
Twitter: [avahi_](https://twitter.com/avahi_)

Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049222704BIC: HASPDE33XXX
Stichwort: construction

Die Kurdistan-Hilfe ist ein gemeinnütziger Verein. Spendenquittungen werden ausgestellt.

langfristige Solidaritätsarbeit legen. Rojava sollte Bezugspunkt aller demokratischer Kräfte sein, somit ist es an uns, an dem Aufbau mitzuwirken, zu Lernen und eigene Strukturen aufzubauen. Die demokratische Autonomie ist keine abstrakte Utopie einer Gesellschaft, es ist der konkrete Aufbau einer befreiten Gesellschaft und jede*r sollte nach Möglichkeit dafür einstehen.

Mehr Infos

Mail: avahi@riseup.net
Web: avahi.noblogs.org
Twitter: [avahi_](https://twitter.com/avahi_)

Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049222704BIC: HASPDE33XXX
Stichwort: construction

Die Kurdistan-Hilfe ist ein gemeinnütziger Verein. Spendenquittungen werden ausgestellt.

ANZEIGE

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

JAHRESABO für €47,50
PROBEABO für €10,00





JETZT BESTELLEN
www.lateinamerika-nachrichten.de



PROJEKTE

JENSEITS DER RECHTSFORM:

Eine soziale Architektur!

Die Wahl einer geeigneten Rechtsform ist für selbstverwaltete Projekte und Betriebe jeder Art wichtig. Ob Hausprojekt, Kollektivbetrieb oder selbstverwalteter Kulturraum – wenn eine Gruppe gemeinsam wirtschaftet, sollte sie sich bewusst für eine rechtliche Form entscheiden. Der folgende Beitrag erklärt, warum es notwendig ist, vorab einige Fragen zu klären.

VON ELISABETH VOSS, BERLIN

In der Beratung oder in Seminaren erlebe ich oft, dass Gruppen sich mit der Wahl einer Rechtsform beschäftigen, ohne genau beschreiben zu können, welche Anforderungen diese Rechtsform für sie erfüllen soll. Manchmal empfehle ich, sich das so vorzustellen, als wenn eine Software programmiert werden soll. Da wird ein Pflichtenheft aufgestellt, in dem genau beschrieben ist, welche Anforderungen diese Software erfüllen, und wie sie in welchen Fällen reagieren soll. Mit Rechtsformen ist es ähnlich. Sie haben keinen Zweck aus sich selbst heraus, sondern sollen euren Zielen dienen.

Die Diskussion über Rechtsformen kann dazu verleiten, vor schwierigen Fragen des Miteinanders auszuweichen und sich in juristische Fachsimpelei zu flüchten. Zum Beispiel: »Wir haben unterschiedlich viel Geld, welche Rechtsform passt dafür?« Diese Frage wird euch eine Rechtsform nicht beantworten, sondern es kommt darauf an, wie ihr mit diesen Unterschieden umgehen möchtet, ob ihr euch irgendeine Form des solidarischen Ausgleichs vorstellt, und wie ihr eure sozialen Beziehungen auf finanzieller Ebene gestalten möchtet. Wenn ihr das geklärt habt, könnt ihr eine rechtliche Konstruktion suchen, die genau das ermöglicht, was ihr möchtet.

Darum rate ich, beides strikt zu trennen: Besprecht zuerst, was ihr wie miteinander tun wollt, und wie dies soziale Miteinander gestaltet werden soll, auch in finanzieller Hinsicht. Erst dann, wenn ihr eine genaue Vorstellung habt von eurem Projekt, dann ist es an der Zeit, sich eine genau dafür passende Rechtsform – oder vielleicht eine Konstruktion mehrerer Rechtsformen – zu suchen. So entgeht ihr auch dem Risiko, eure Träume und Wünsche den (oft nur vermeintlichen) rechtlichen Erfordernissen und Zwängen unterzuordnen. Habt Mut und erlaubt euch, genau das als Konzept zu entwickeln, was ihr möchtet. Fragt nicht: »Dürfen wir das überhaupt?«, sondern steht zu dem, was ihr wollt. Selbstorganisation bedeutet: Ihr entscheidet selbst, was ihr wie miteinander tun möchtet.

Alle mitnehmen

Das klingt einfacher, als es oftmals ist. Denn in diesen Diskussionen tun sich Fragen auf, die gar nicht so leicht zu beantworten sind. Bevor ich einige davon nenne, möchte ich ein paar Vorschläge machen für eure Diskussions- und Entscheidungsprozesse, die es erleichtern können, in der Fülle der anstehenden Fragen den Überblick zu behalten und alle mitzunehmen. Denn gerade wenn es schwierig wird,



▲ Aushandlungsprozesse in der Phase der Projektgründung sind wichtig, damit es später nicht zum Streit kommt. Die richtige Rechtsform zu finden bedarf konkreter Vereinbarungen. Foto: Ulrike Kumpke

neigen Gruppen mitunter dazu, von einer Frage zur nächsten zu springen, nichts richtig ausdiskutieren, sondern immer wieder alles nur kurz anzureißen. Das kann für eine Zeit als kreativer Prozess okay sein, aber wenn ihr unzufrieden werdet und Ergebnisse erzielen möchtet, empfiehlt es sich, strukturierter vorzugehen.

Große und komplexe Fragestellungen lassen sich meist in kleine, überschaubare Häppchen zerlegen, so dass ihr in der Diskussion kleinteilig vorgehen könnt. Versucht, einfache Fragen zu stellen, und einfache, verständliche Antworten und Entscheidungen zu finden. Trefft Verabredungen, stellt Regeln auf – und schreibt all dies auf. Manchmal zeigt sich erst dann, dass im Gespräch nicht alle das Gleiche verstanden haben. Klärt solche Missverständnisse, bis ihr Punkt für Punkt festgelegt habt, was ihr möchtet. Vielleicht schreibt ihr auch die Begründungen, warum ihr so und nicht anders entschieden habt, gleich mit auf. Das erleichtert es zum Beispiel Neuen oder späteren Projektgenerationen, eure Entscheidungen nachzuvollziehen. Und es kann Hierarchisierungen vorbeugen, wenn euer gemeinsames Wissen von Anfang an transparent und auffindbar vorliegt. Dafür empfiehlt es sich, grundsätzliche Entscheidungen getrennt von den laufenden Protokollen – zum Beispiel in einem Beschlussbuch – festzuhalten, denn wer möchte schon nach Jahren auf Regalbretter voller Protokollordner verwiesen werden, um zu erfahren, was die Grundlagen und Regeln eurer Gruppe sind?

Bei den folgenden Fragen solltet ihr bedenken, dass es nichts objektiv Richtiges oder Falsches gibt, nichts Besseres oder Schlechteres. Ihr entscheidet selbst, wie ihr eure Zusammenarbeit, euer Miteinanderwohnen oder was auch immer gestalten möchtet. Ihr selbst seid die Konstrukteur*innen eurer sozialen Architektur. Menschen sind unterschiedlich, und jede Gruppe ist anders, darum trifft bewusste Entscheidungen, und findet Ausgestaltungen des Miteinanders, die zu euch, zu eurem Vorhaben, euren Träumen und Wünschen passen. Das Schwierigste ist oft, sich selbst darüber klar zu werden, was mensch-

wirklich möchte, und sich – weil das meist nicht bei allen identisch ist – dann auf etwas Gemeinsames zu verständigen, das für alle passt. Diese Einigungs- und Entscheidungsprozesse kann euch eine Rechtsform nicht abnehmen.

Für die Festlegung eurer sozialen Architektur kann es hilfreich sein, wenn ihr euch zwei mögliche Pole gemeinsamen Wirtschaftens bewusst macht, das Äquivalenz- und das Beitrags-Prinzip. Das Äquivalenz-Prinzip entspricht dem, wie Wirtschaft gemeinhin funktioniert: Es werden Äquivalente getauscht, alles hat seinen Preis, wird gegeneinander gewogen und verrechnet. Beim Beitrags-Prinzip geben alle, was sie können, und bekommen, was sie benötigen. Zwischen diesen beiden Polen gibt es verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten, zum Beispiel Ober- oder Untergrenzen der Beteiligung mit Zeit oder Geld – Fantasie ist gefragt. Ihr könnt auch für unterschiedliche Bereiche des Wirtschaftens unterschiedliche Regelungen wählen, zum Beispiel für die Beteiligung am Aufbau des Projektes andere als im täglichen Betrieb.

Wo ihr euch zwischen diesen beiden Polen verorten möchtet, das hängt euch zusammen mit der Frage nach Solidarität und sozialem Ausgleich innerhalb der Gruppe. Für manche mag es selbstverständlich sein, dass alle sich gleichermaßen einbringen, anderen ist wichtig, dass alle mitmachen können, egal wie viel Geld oder Arbeitszeit sie zum Beispiel dem Projekt zur Verfügung stellen können. Die einen bevorzugen allgemeingültige Regelungen, andere entscheiden lieber im Einzelfall. Wichtig ist, dass ihr solche Entscheidungen bewusst trifft, dass es sich nicht irgendwie ergibt, oder so gemacht wird, wie es die Dominanteren in der Gruppe gerne hätten. Nehmt euch Zeit für die Diskussionen, stellt lieber einmal mehr als weniger Vorschläge in Frage, entwickelt Wertschätzung für Zweifel und abweichende Meinungen. Dann seid ihr auf dem besten Weg, wenn ihr euch einig geworden seid, auch etwas gefunden zu haben, was wirklich für alle stimmt. Und wenn eure Vorstellungen einfach nicht zusam-

men passen, dann seid froh, wenn ihr das beizeiten feststellt, bevor ihr gemeinsame Verbindlichkeiten eingegangen seid, und trennt euch.

So viele Fragen

Nun aber zu den Fragen, die ihr geklärt haben solltet, bevor ihr euch auf die Suche nach einer Rechtsform macht. Findet Schritt für Schritt Antworten, die ihr später immer noch ergänzen oder abwandeln könnt:

Wer sind wir: Wer gehört zur Gruppe, wer ist verbindlich dabei und entscheidet mit? Verbindlichkeit lässt sich zum Beispiel mit einer gemeinsamen Kasse herstellen, in die jede*r einen monatlichen Betrag einzahl. Das muss nicht viel sein, kann für alle gleich oder unterschiedlich sein. Vielleicht findet ihr auch stattdessen ein Ritual. Wichtig ist der symbolische Akt, mit dem jede*r bekundet: Ja, ich bin dabei. Und klärt auch, wer noch dazu gehört, außer eurer Kerngruppe – gibt es zum Beispiel einen Freund*innenkreis oder ein unterstützendes Umfeld, das beteiligt werden soll?

Wie organisieren wir uns: Treffen sich immer alle im Plenum, oder gibt es eine Koordinationsgruppe, soll vielleicht sogar eine Geschäftsführung eingerichtet werden, mal jenseits evtl. späterer Rechtsformenzwänge, einfach ausgehend von euren Bedürfnissen? Soll es Untergruppen geben, und wenn ja, mit welchen Befugnissen, oder Gremien mit Externen?

Wie entscheiden wir: Es gibt viele Formen zwischen Mehrheits- und Konsensentscheid, qualifizierte Mehrheit, Stufenregelungen, Systemisches Konsensieren etc. Unterschiedliche Fragestellungen können mit unterschiedlichen Methoden entschieden werden.

Der Einstieg: Wie wird Eine*r Teil eures Projektes, welche Entscheidungsprozesse sind erforderlich, was soll diese Person zum Beispiel einbringen an Zeit oder Geld, soll es eine Probezeit geben und wie möchtet ihr die gestalten?

Der Ausstieg: Es ist ganz wichtig, diese Frage schon zu Beginn zu regeln, bevor es vielleicht durch Konflikte schwer ist, überhaupt noch miteinander zu verhandeln. Wie und mit welchen Fristen kann eine*r das Projekt verlassen? Soll es möglich sein – und wenn ja, wie – dass die Gruppe sich von einem Mitglied trennt? Was nehmen Ausscheidende mit, und wann sollen sie es bekommen, zum Beispiel ihre Einzahlungen oder Kredite, Anteile an den stillen Reserven, oder Geschäftskontakte? Soll es eine Abfindung geben, und wenn ja, wie wird sie berechnet?

Das Ende: Ihr solltet auch jetzt schon festlegen, was passieren soll, falls ihr das Projekt auflöst. Wenn Anfang und Ende klar beschrieben sind, hat das Miteinander, um das es ja eigentlich geht, einen klaren Rahmen.

Rechte und Pflichten: Das betrifft euer Verhältnis untereinander und das Verhältnis zwischen der ganzen Gruppe und jedem einzelnen Mitglied. Zu den Pflichten (zum Beispiel Arbeitsleistungen oder finanzielle Beiträge einzubringen) gehört auch die Verabredung, wie ihr damit umgehen möchtet, wenn Einzelne dies nicht einhalten, und wer dafür zuständig ist, sich darum zu kümmern.

Haftung: Dies betrifft eure Verpflichtungen gegenüber Außenstehenden, denen ihr Geld oder Leistungen schuldet. Klärt untereinander, ob ihr die Haftung von vornherein auf das gemeinsame Vermögen eures Projektes beschränken möchtet, oder wieweit – und ggf. für welche Art Forderungen – ihr individuell geradestehen möchtet.

Interne Risikoverteilung: Hier geht es darum, wie ihr damit umgehen möchtet, wenn Einzelne von Euch nach außen zur Haftung herangezogen werden. Möchtet ihr zum Beispiel deren Zahlungsverpflichtungen gemeinsam tragen?

Solidarität und sozialer Ausgleich untereinander: Wie möchtet ihr mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten, unterschiedlicher Leistungsfähigkeit etc. umgehen?

Vernetzung mit anderen: Seht ihr euch eher als unabhängiges Projekt, oder möchtet ihr mit anderen gemeinsam wirtschaften, euch mit anderen auch ökonomisch verbinden, und wenn ja, in welchem Maße?

Solidarität nach außen: Ein selbstverwaltet wirtschaftendes Projekt auf die Beine stellen zu können, ist nicht selbstverständlich, sondern Ausdruck von Privilegien. Ihr könnt überlegen, ob ihr diese Privilegien mit anderen teilen möchtet, und ob ihr vielleicht von vornherein strukturell Solidarmechanismen in eure soziale Architektur einbauen möchtet.

Diese Aufstellung ist weder vollständig noch ausreichend detailliert, sicher werdet ihr eure eigenen Fragestellungen finden. Auch wenn ihr in diesem frühen Stadium nicht jedes Detail überblicken werdet, klärt das, was ihr könnt. An vielen Punkten werdet ihr wahrscheinlich in der Diskussion zu Fragen der politischen Grundüberzeugungen, aber auch des persönlichen Gerechtigkeitsempfindens kommen. Gebt dem Raum, baut ehrlich und ohne zu viel Ideologie gedanklich gemeinsam an dem, was ihr miteinander möchtet. Wenn sich das Ergebnis für alle rund und gut anfühlt, dann habt ihr euch gut auf die Rechtsformwahl vorbereitet.

ANZEIGE

KLIMAT7 MEDIENKONGRESS
#POLARISIERUNG
LINKE MEDIENAKADEMIE
5 Tage Weiterbildung & Debatte
Jetzt Tickets sichern!
2. bis 6. April 2017
#linkemedienakademie.de
#linkemedienakademie
#LINKEMÄCKER
KONGRESSZENTRUM AM 12. FRANZ-MERING-PLATZ | VER. DI. PAULA-THIEDE-UFER 10

ZWISCHEN GROSSKONZERNEN UND PROSUMENTENKOOPERATION

Genossenschaftsmolkereien - des Bauers größter Feind?

Scharfe Kritik an der »bauernfeindlichen und existenzvernichtenden Strategie auch genossenschaftlicher Großmolkereien« übt der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Tatsächlich erweist sich die Landschaft der Genossenschaftsmolkereien aktuell als extrem differenziert. Einzelne international agierende Großkonzerne, die fälschlicherweise als Genossenschaften bezeichnet werden, beherrschen den Markt. Gleichzeitig geben kleine Milchliefergenossenschaften auf, weil sie sich infolge der Agrarpolitik nicht in der Lagen sehen, ihrem Mitgliederförderauftrag gerecht zu werden. Vereinzelt entwickeln sich aber auch neue Ansätze, die im Ökosektor mit innovativen genossenschaftlichen Konzepten experimentieren.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION
GENOSSENSCHAFTEN

Offensichtlich gibt es in der Milchbranche das Bestreben einer Minderheit von Milchvieh-Großbetrieben, sich weitere Marktanteile zu verschaffen, indem sie die Existenzvernichtung kleinerer und mittlerer Milchviehbetriebe politisch vorantreiben. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) verweist dazu auf Äußerungen von Joachim Burgemeister, Molkerei-Vertreter im Genossenschaftsverband. Dieser forderte laut Dezember-Ausgabe der Zeitschrift »agrarmanager«, der Staat solle »nicht länger eine Politik betreiben, die darauf ausgerichtet sei, Betriebe mit zehn oder 15 Kühen zu retten, die auch mit 45 Cent/kg Milch nicht auskämen.«

Eine solche Ausrichtung auf Billigproduktion in immer weniger und immer größeren Betrieben wird in absehbarer Zukunft die allermeisten Milchbauern verdrängen, kritisiert die AbL. Einen Milchpreis von 45 Cent als unrealistisch und utopisch hinzustellen, sei besonders zynisch – gerade angesichts der immer noch andauernden ruinösen Milchpreise von 20 bis 30 Cent bräuchten alle Milchbauern 45 Cent und mehr zur Kostendeckung und zum Ausgleich der jahrelangen Verluste.

Forcierter Strukturwandel

Die AbL kritisierte auch Äußerungen von Albert Hortmann-Scholten, dem Marktexperten der Landwirtschaftskammer. Nach seiner Einschätzung steigen in den nächsten zehn Jahren 25 bis 35 Prozent der Milchviehhalter aus der Produktion aus. Ein Vertreter der Landwirtschaftskammer solle nicht einfach eine neoliberale Fortschreibung des forcierten Strukturwandels propagieren, sondern die anstehende Durchsetzung mengenregulierender und damit preisstützender und existenzsichernder Instrumente in seine Prognosen einbeziehen.

AbL-Vertreter Eckehard Niemann forderte Bundesagrarminister Schmidt dazu auf, seine Milchmarktpolitik nicht an den Interessen von Großmolkereien an niedrigen Erzeugerpreisen auszurichten, sondern an der Existenzsicherung von Milchbauernhöfen. Hierzu gehörten auch Programme für den Umbau von Anbinde-Ställen auf artgerechtere Laufställe mit möglichst viel Weidengang der Kühe.

Folgen der Agrarkartellierung

Die gemeinschaftliche Vermarktung in genossenschaftlichen Molkereienternehmen hat in Deutschland eine lange Tradition. Rund zwei Drittel der national verarbeiteten Milch ist genossenschaftlich organisiert.



▲ Die Meierei Horst ist eine traditionelle Molkereigenossenschaft, die durch Einbindung der Konsumenten und Biomilchverarbeitung neue Wege eingeschlagen hat.

Foto: Thorsten Pahlke /http://moinholstein.de

Deutschlandweit werden mehr als 30 Millionen Tonnen Milch erzeugt und über diese verarbeitet. Einige von ihnen sind aber keine regionalen Genossenschaften, sondern in ihrer Struktur von Großkonzernen kaum noch zu unterscheiden.

Hintergrund dafür ist die in den 1930er Jahren erfolgte Umstrukturierung der deutschen Milchwirtschaft. Aufgrund der sogenannten Agrarkartellierung wurden alle milchviehhaltenden Höfe gezwungen, ihre Milch an eine bestimmte Molkerei innerhalb ihres Einzugsgebietes abzuliefern. Mit dieser Maßnahme sollte eine autarke Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Fett und Eiweiß im eventuellen Kriegsfall sichergestellt und eine Versorgungskrise wie im Ersten Weltkrieg vermieden werden. Nebenwirkung dieser Zwangsmaßnahme war die drastische Einschränkung der Geschmacksvielfalt der Butter- und Käsesorten.

Knebelung statt Mitgliederförderung

Die genossenschaftlichen Molkereien und Meiereien erzielen aus der Verarbeitung und Vermarktung der Milch auf Bundesebene ein Umsatzvolumen von über 14 Mrd. Euro. Der Genossenschaftsverband, größter Prüfungsverband genossenschaftlicher Unternehmen schlussfolgert daraus: Sie »generieren damit für ihre Milchherzeuger eine entsprechende Wertschöpfung für einen bestmöglichen Milchauszahlungspreis.«

Tatsächlich steht bei den Genossenschaftsmolkereien aufgrund der konzernartigen Strukturen mit Auslagerung wichtiger Entscheidungen aus der Generalversammlung, die Genossenschaftlichkeit ihres Handelns extrem in Frage. Ihre Aufgabe ist die Förderung der Mitglieder, also der Milchbauern. Solange sie den Landwirten keinen kostendeckenden Milchpreis zahlen, versagen sie eindeutig hinsichtlich des genossenschaftlichen Förderprinzips. Sobald sie den Verdrängungswettbewerb zugunsten der großen Milchbauern forcieren, verstoßen sie klar gegenüber dem Solidaritätsprinzip, das eine konsequente Gleichbehandlung auch kleiner Mitglieder erfordert.

Hinzu kommt, dass den Milchbauern der Aufbau von Alternativen extrem erschwert ist. Gründe sind langfristige Verträge, 100prozentige Milchhandlungspflicht und fehlende Handlungsspielräume bei den Prei-

sen. Indem die Großgenossenschaften durch Knebelverträge den Milchbauer die Suche nach Alternativen bei der Milchlieferung verwehren, verstoßen sie eindeutig gegen das Subsidiaritätsprinzip. Letzteres besagt, dass den Mitgliedern eine weitgehende Freiheit bei der Gestaltung und Nutzung ihrer Milch möglich sein muss.

Kleine Milchliefergenossenschaften schließen

Die Entwicklung der Molkereigenossenschaften verläuft allerdings in unterschiedliche Richtungen. Beispielsweise gab es im Schongauer Land in Bayern ursprünglich 68 örtliche Milchliefergenossenschaften. Inzwischen sind es noch 41, von denen einige wegen der geringen Mitgliederzahl kaum überlebensfähig sind. Die Folge: Immer mehr von ihnen stellen ihre Mitglieder von der Milchhandlungspflicht frei, damit sie zu anderen Verarbeitungsbetrieben wechseln können.

Diese Umstrukturierung wurde notwendig, weil die Zahl der Milchlieferanten in den vergangenen Jahren ständig abgenommen hat, von einst fast 1.700 auf mittlerweile knapp 800. Viele der Kleingenossenschaften können deshalb die Kosten des Betriebs nicht mehr tragen wie die Ausgaben für die Erstellung und Prüfung von Bilanzen, die notariellen Eintragungen ins Registergericht, die Verbandsbeiträge und Kosten für Satzungsänderungen. Diese Ausgaben stehen oft in keinem Verhältnis mehr zur Mitgliederzahl.

Marktdominanz durch Deutsches Milchkontor

Auf der anderen Seite der Entwicklung steht Deutschlands größte Molkereigenossenschaft Deutsches Milchkontor (DMK). Sie entstand durch Fusion der beiden genossenschaftlich organisierten norddeutschen Unternehmen Humana Milchunion und Nordmilch, die schon bis dahin die größten deutschen Milchverarbeiter waren. Noch im Mai 2016 appellierte das Unternehmen an die Politik, angesichts der Milchpreiskrise nicht in die Freiheit des Marktes einzugreifen. Die rund 9.000 genossenschaftlich organisierten DMK-Bauern hätten laut DMK-Sprecher Hermann Cordes bereits als Reaktion auf den anhaltenden Preissturz an den internationalen Milchmärkten ihre Milchmenge »aus eigenem Antrieb« heruntergefahren.

Von so manchem Milchherzeuger wird allerdings kritisiert, dass durch die Marktmacht des Unternehmens - 6,7 Milliarden Kilogramm Milch - für viele Milchherzeuger keine Vermarktungsalternativen vorhanden sind. Sie werden in Form eines Basis-Preis für jeden Liter angelieferter Milch bezahlt. Der Betrag wird monatlich festgelegt. Einzelne Genossenschaften teilen die Preise ihren Bauern »sogar« einen Monat im Voraus mit, damit sie planen können. Die Kündigungsfristen von mindestens zwei Jahren und die Milchhandlungspflichten lassen ein kurzfristiges reagieren auf zu niedrige Auszahlungspreise nicht zu. Der Grundpreis für Milch mit 4 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß fiel teilweise unter 20 Cent. Als kostendeckend gelten mindestens 35 Cent.

Gemeinschaftliche Eigeninitiativen gefragt

Entsprechend ist in Schleswig-Holstein jeder sechste Milchhof existenziell bedroht. Einige Milchbauer ziehen Konsequenzen. So auch Jörg Hauschildt, der über 20 Jahre seinen 90-Hektar-Hof in Quarnstedt im Kreis Segeberg kontinuierlich optimiert, intensiviert und ausgebaut hat. So konnte er die Milchleistung seiner Herde fast vervierfachen. Trotzdem ging es ihm schlechter als vor 20 Jahren. Deshalb kündigte Hauschildt den Liefervertrag mit dem Deutschen Milchkontor und wechselte zu der kleinen Meierei Horst.

Diese Meierei in Kreis Steinburg stand im Frühjahr 2014 vor dem Aus: Immer mehr Landwirte waren zu den großen Meiereien abgewandert. Die Meierei konnte nur gerettet werden, weil ein paar Biobauern investierten. Unter dem Namen Öko-Melkburen warben sie bei Bürgern und Unternehmen dafür, Genossenschaftsanteile zu kaufen. Sie wollten die Meierei erhalten, aber auch Menschen bewegen, wieder mitzubestimmen, was und wie in ihrer Region produziert wird, so das Anliegen von Achim Bock, Öko-Melkburen und einer der Vorstände.

Neue traditionelle Produktqualitäten

Die kleine traditionelle genossenschaftliche Meierei ist bereits 125 Jahre alt, hat sich aber neu aufgestellt. Sie arbeitet mit elf Mitarbeitern. Wichtiges Produkt ist die 4-Jahreszeiten-Milch, ein zertifiziertes Bioland-Produkt: Schonende Verar-

beitung der Rohmilch aus der Region zu traditionellen, qualitativ hochwertigen Produkten für die Region. So füllt Horst als einzige Meierei im Land noch tagesfrische Milch ab, produziert zeitaufwändig Sauerrahmbutter und Buttermilch und demnächst auch Salzbuttermilch. Dafür müssen die Lieferanten die Kühe im Sommerhalbjahr auf der Weide haben. Denn dann enthält die Milch nachweislich die essentiellen Omega-3-Fettsäuren.

Weitere Bedingungen für alle Milch-Lieferanten: Grassilage und maximal 30 Prozent Mais als Winterfutter, keine Gentechnik beim Futter, keine vorsorgliche Gabe von Antibiotika. Im Gegenzug erhalten die Landwirte in Horst 30 Cent pro Liter Milch und mittelfristig 40 Cent. Im Vergleich: Aktuell bekommen Bauern im Schnitt 24,9 Cent – vor einem Jahr waren es 28,4 Cent. Auch 30 Cent sind noch nicht kostendeckend, aber der Ansatz der regionalen Produktion und Vermarktung könnte sich als erheblich zukunftsträchtiger erweisen.

Chancen durch Prosumentenkooperation

Die Organisation ist ebenfalls ungewöhnlich: Sie ist die erste Meierei als Erzeuger- und Konsumgenossenschaft, an der sich Konsumenten direkt beteiligen können, um den Erhalt ihrer regionalen frischen Milch zu sichern. Die Genossenschaft hat mittlerweile rund 200 Mitglieder. 1.000 sollen es werden. Die Geschäftsführerin Tatjana Tegel erklärt dazu: »Wir haben uns alle voneinander entfernt – der Verbraucher von den Landwirten, die Landwirte von den Tieren.« Die Meierei Horst ist die erste Molkereigenossenschaft, die versucht durch die Prosumenteneidee, bessere Lebensmittelqualität und mehr Miteinander von Produzenten und Konsumenten nachhaltig zu organisieren

(www.meierei-horst-eg.de).



▲ Eine Besonderheit der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft ist die Meersalzbutter.

Foto: Thorsten Pahlke /http://moinholstein.de

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-30906899 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

PROJEKTVORSTELLUNG: NETZWERK PLURALE ÖKONOMIK E.V.

Mit pluraler Ökonomie kommt man weiter

Das bereits 2003 gegründete Netzwerk Plurale Ökonomie erfährt aktuell erheblichen Zulauf und öffentliche Aufmerksamkeit. Es besteht aus mehr als 30 Gruppen in Deutschland und Österreich, die konstitutiv für das Netzwerk sind. Neben den 350 Vereinsmitgliedern beteiligen sich weitere 250 Menschen aktiv. Ihr Ziel ist es, Bewegung in die Wirtschaftswissenschaften zu bringen und Studierenden einen deutlich breiteren Zugang zu wirtschaftswissenschaftlichen Denkschulen, jenseits der Neoklassik zu ermöglichen. Ein neues Dogma wollen sie nicht, sondern Vielfalt. Vorstandsmitglied Gustav Theodor Theile von der Tübinger Gruppe, die sich selbst »Rethinking Economics« nennt, sprach mit *Contraste*.



▲ Gustav Theodor Theile Foto: Privat

ULRIKE KUMPE, BERLIN

Wie funktioniert das Netzwerk Plurale Ökonomie?

In der täglichen Arbeit sieht es so aus, dass es Leute gibt, die auf lokaler Ebene aktiv sind Ringvorlesungen organisieren, Seminare geben, Lesekreise machen. Und es Leute gibt, die auf nationaler oder internationaler Ebene arbeiten. Sie kümmern sich dort um die Pressearbeit. Im deutschsprachigen Raum haben wir Arbeitsgruppen (AG) etabliert, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigen. Wir haben beispielsweise die AG

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wir haben AGs, die für externe und interne Vernetzung arbeiten, eine AG für Finanzen und für Fundraising.

Das Netzwerk Plurale Ökonomie ist ein eingetragener Verein. Welche Funktion hat der Vorstand?

Der Vorstand ist ein schwacher Vorstand, dem ich auch angehöre. Insgesamt zwei Männer und 2 Frauen. Unter schwachem Vorstand verstehen wir, dass dieser keine Richtungsentscheidungen trifft, sondern sich mehr um administrative Aufgaben kümmert, darum, dass man Verträge unterschreibt, wir haben einige Leute eingestellt oder man sich über die Vereinsstruktur Gedanken macht. Wir sorgen dafür, dass die Buchhaltung ordentlich läuft, dass die Mitgliederversammlung entsprechend der Satzung einberufen wird, dass Veränderungen in der Satzung dem Amtsgericht mitgeteilt werden. Es ist uns wichtig so wenig Machtkonzentration wie möglich aufkommen zu lassen, daher gibt es bislang maximal halbe Stellen bei uns.

Wer fällt die Richtungsentscheidungen?

Wir haben zum Einen eine jährliche Mitgliederversammlung. Diese trifft wegweisende Entscheidungen, gerade, wenn es darum geht, wie Gelder eingesetzt werden, wo neue Stellen geschaffen werden können oder sollen. Gleichzeitig haben wir eine monatliche online-Sitzung, wo ähnliche Entscheidungen getroffen werden. Bei Sachen, die sehr langfristig relevant sind, versuchen wir das immer erst auf der Mitgliederversammlung zu besprechen. Bei Sachen, die kurzfristig und dringend sind, machen wir das auf der monatlichen Online-Sitzungen. Das Ideal, dass wir immer einen Konsens finden, gelingt

uns nicht immer und dann wird möglichst mit Mehrheit entschieden, wobei Entscheidungen nicht durchgepeitscht werden. Darüber hinaus gibt es eine Klausurtagung, auch die findet jährlich immer im Abstand von einem halben Jahr zur Mitgliederversammlung statt und ab und zu wird diese Klausurtagung auch als außerordentliche Mitgliederversammlung genutzt, wenn vorzeitige Entscheidungen den Verein oder die Satzung betreffend gefällt werden müssen.

Nichts desto trotz hoffen wir immer, dass man sich in der Arbeit nicht auf die Satzung berufen muss. Das der Umgang mit einander so ist, nicht auf Regelungen zurückgreifen zu müssen, sondern, dass man sich so einigen kann. Und bislang gelingt das auch immer.

Die Wirtschaftswissenschaften gelten als sehr von Männern dominiert, wie ist es bei euch?

Wir haben einen gewissen Genderbias, der sich aber immer weiter auflöst. Ich habe mit Leuten gesprochen, die gesagt haben, dass es noch vor 3-4 Jahren eine ganz schön patriarchale Kultur in diesem Netzwerk gab. Die Statements der Betroffenen dazu haben sich durchaus gewandelt. Das liegt auch daran, dass wir direkt-demokratisch und kooperativ funktionieren. Und ich glaube bei der letzten Mitgliederversammlung war es ungefähr 50:50.

Seht ihr das für euch als Erfolg?

Ja, natürlich. Das ist etwas, worüber wir uns selbst ärgern. Das ist einer der Kritikpunkte, die wir an den Wirtschaftswissenschaften haben. So massiv männlich dominiert ist keine Sozialwissenschaft. Keine hat so wenige Frauen bei den Professuren, wie die Wirtschaftswissenschaft. Und wenn wir das kritisieren, müssen wir

uns auch selbst bemühen diese Kulturen und Strukturen aufzuheben und deshalb freut es mich, dass sich das in den letzten Jahren gewandelt hat.

Eine eurer zentralen Forderungen ist, dass es einen Wandel in der Lehre geben soll. Habt ihr Chancen, im etablierten universitären Betrieb eine plurale Lehre durchzusetzen?

Immer mehr. Das ist natürlich ein langer Kampf, der schon seit Ewigkeiten geführt wird, im Prinzip, seit die Ökonomie den Schritt hin zu einer stärkeren Mathematisierung unternommen hat. Es gab immer Kritik daran, dass es nicht genügend politische und gesellschaftliche Kontextualisierung gibt. Es ist grundsätzlich in Frage zu stellen, ob es eine reine Ökonomie überhaupt gibt. Das ist der Anspruch im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften.

Die Kritik an dieser Verengung ist nicht neu. Was hat sich geändert?

Was neu ist, ist, dass sich so viele Studierende unter dem Dach der Pluralen Ökonomie versammeln, auch weltweit. Und wir haben den Eindruck, dass es uns gelungen ist, zumindest eine Diskussion in der Wirtschaftswissenschaft anzuregen. Es ist für Lehrende nicht mehr so einfach darüber hinwegzugehen und zu behaupten, das sind ja nur irgendwelche wilden Unwissenden, linksalternative oder radikale Studierende, die erst mal Kurse belegen sollen und aufhören sollen, politisch zu argumentieren und stattdessen sich der akademischen Kultur fügen sollen.

Ist der Zulauf bei euch eine Folge der ökonomischen Krise?

Ja klar, daran besteht für mich gar kein Zweifel. Das nicht so wahnsinnig Tolle abschneiden der Wirtschafts-

wissenschaften in der Krise hat zu einer verstärkten Thematisierung des Status der Wirtschaftswissenschaft in der Öffentlichkeit geführt. Eine Folge davon ist, dass pluralökonomische Themen wieder stärker in den Fokus gerückt sind. Ich glaube nicht, dass es uns sonst gelungen wäre eine solche breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Mit welchen gesellschaftspolitischen Ansätzen beschäftigen sich die Leute bei euch im Netzwerk?

Es gibt sehr viele Leute, die sich mit ökologischer Ökonomie auseinandersetzen, es ist absolut ein Thema das uns bewegt. Es gibt auch Leute, die soziale Ökonomie machen. In allen Denkschulen ist klar, dass Wirtschaft in Gesellschaft stattfindet und dass sie entsprechend verstanden werden muss. Dass es politische Implikationen von wirtschaftlicher Gleichheit oder Ungleichheit gibt. Da lässt sich natürlich eine marxistische Tradition anführen, aber genauso eine Ordnungsökonomie. Diese war vor allem im deutschsprachigen Raum lange Zeit sehr stark und versteht Wirtschaftswissenschaft als etwas, das den ordnungspolitischen Rahmen des wirtschaftlichen Handelns betrachtet und analysiert und schaut, wie der möglicherweise zu verbessern ist. Und das findet wieder in einem politischen Kontext statt. Wie die feministische Ökonomie, die Wirtschaft über Versorgung definiert. Also wirtschaftliche Aktivität als Versorgungsaktivität und das ist glaube ich was, gerade wenn man Genossenschaften analysiert, womit man sehr viel weiter kommt; wie kriegt man eigentlich eine lokale Gesellschaft so organisiert, das alle Menschen genug haben. Das ihnen genug zur Verfügung gestellt wird. Im Sinne dieser Versorgungsaktivität, denke ich, dass man bei der Analyse mit pluraler Ökonomie weiter kommt.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Was ist Recht?

»Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren« sagen viele, die Ungechtigkeiten auf der Welt kritisieren. »Recht fließe wie Wasser« heißt eine Kampagne aus ähnlichen Ecken. Recht scheint danach etwas per se Gutes, von dessen Anwendung die bessere Welt erhofft wird. Woher nehmen die Menschen, die auf das Recht hoffen, diese Auffassung? Recht ist von Menschen gemacht. Zwar glaubten früher viele an einen göttlichen Ursprung, doch zumindest das ist längst widerlegt als geschickte Aufwertung ganz irdischer Machtregeln. Weitergehend wäre die Annahme, dass die Erfindung von Göttern insgesamt immer solchen Zielen diene – aber das wäre eine andere Frage. Manche Kreise kreieren ein Naturrecht, halten Menschenrechte für durch Geburt gegeben oder postulieren Tierrechte als von sich aus bestehend. Solche Sichtweisen sind fromme Wunschvorstellungen, eine argumentative Basis haben sie nicht. Recht ist immer von Menschen gemacht – und den meisten Einfluss auf Rechtsetzung und die (davon oft noch abweichende) Rechtsprechung haben die Menschen mit der meisten formalen, physischen oder ökonomischen Macht. Gesetze, Verordnungen und andere Normen spiegeln die Kräfte-

teverhältnisse in der Gesellschaft wider – aufgrund ihrer langen Überarbeitungszeiten oft zudem noch aus zurückliegenden Zeiten. Zivil- und Strafrecht in Deutschland sind überwiegend Normen aus Kaiser- oder Nazizeit. Leider gibt es nur selten Positionen, die das Recht als das bezeichnen, was es ist: Spielregeln, überwiegend durch die Mächtigen geschaffen, aber vor allem der Unterdrückung entgegenstehender Interessen dienend. Zivilgesellschaftliche Gruppen und fast alle Veröffentlichungen verbreiten hingegen das Märchen vom guten Recht, das es zu schützen und anzuwenden gilt. Nur wenige Buchverlage wagen die Kritik. Anarchistische Blickwinkel auf die Funktion von Recht und Strafe finden sich im SeitenHieb-Verlag, zudem haben die marxistisch orientierten Verlage Papyrossa (2016 unter dem Titel »Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit, 142 S., 12,90 Euro) und Dietz Berlin (ebenfalls 2016 als »Kritik am Recht«, 447 S., 39,90 Euro) Texte des inzwischen 90-jährigen, ehemaligen Jura-Professors Hermann Klener veröffentlicht. Während das umfangreichere Buch etliche Einzelaufsätze aus den Jahren 1988 bis 2015 enthält, dürfte das kleinere Taschenbuch vor allem für den Einstieg in den Ausstieg der Rechtsgläubigkeit geeignet sein. Für ein breites Publi-

kum ist es auch deshalb geeignet, weil es gleichzeitig den mindestens ebenso populären Begriff »Gerechtigkeit« einer kritischen Prüfung unterzieht, unter anderem mit dem Hinweis, dass in dessen Namen so manche Kriege angezettelt wurden. Ergänzt wird das Buch um einige Passagen zum Recht von Karl Marx. »Kritik am Recht«, selbstbenannt als »aktualisierende Rechtsphilosophie« konzipiert, dürfte hingegen selbst für studierte Jurist_innen ein angemessenes Angebot zum Überdenken bisheriger Positionen sein.

Polizeirazzia in Zwangspsychiatrie

Bei der Vitosklinik in Haina für Psychiatrie und Psychotherapie im nordhessischen Haina fuhr Ende Januar die Polizei vor – mit Durchsuchungsbeschluss. Hintergrund war ein laufendes Strafverfahren in Darmstadt, in dem das Gericht die Krankenakte einsehen wollte, aber nicht erhielt. Im »Darmstädter Echo« fand sich ein bemerkenswerter Kommentar zu diesem Bruch richterlich-psychiatrischer Seilschaften: »Das ist schon fast kein Kleinkrieg mehr: Zum zweiten Mal binnen eines Monats sieht sich das Landgericht Darmstadt genötigt, scharfe juristische Waffen gegen die psychiatrische Klinik in Haina einzu-

setzen. In beiden Fällen geht es um mutmaßlich psychisch kranke Straftäterinnen. Für die eine legte die Psychiatrie ein Gutachten vor, das jedoch, wie sich in der Verhandlung herausstellte, von einem Sozialarbeiter und nicht von Ärzten verfasst worden war. Die andere Frau hatte ihre Bessunger Wohnung angezündet, um sich das Leben zu nehmen, und damit auch Nachbarn in Gefahr gebracht. Sie ist seither zwangsweise in Haina untergebracht und dort sterbensunglücklich. Ihr Zustand scheint sich für Beobachter zusehends zu verschlechtern. Das Gericht will einen externen Gutachter zu dem schwierigen und traurigen Fall hören, doch die Klinik verweigert trotz mehrfacher Aufforderung die Herausgabe der Krankenakte. In beiden Fällen müssen sich die Psychiater fragen lassen, ob sie ihrer ärztlichen Verantwortung gerecht werden, im Interesse der kranken Menschen zu handeln.« (www.echo-online.de/lokales/darmstadt/gericht-schickt-polizei-in-klinik_17640605.htm). Ob der Vorgang die Arroganz und untragbaren Verhältnisse in den geschlossenen Psychiatrien verändern kann, ist offen. Es ist aber auch der Erfolg der noch kleinen antipsychiatrischen Bewegung, die in diesem Fall vor Ort und öffentlich Druck machte.

Zwangsvollstreckung droht – was nun?

Ob GEZ-Verweigerer_in, politische_r Aktivist_in oder eine Initiative beim Aufbau alternativer Lebensorte: Dass Zwangsvollstreckungsrecht kann schnell wichtig werden, wenn Rechnungen über Gerichtskosten oder Schadenersatz nach Sabotageaktionen, Besetzungen und Blockaden hereinflattern, Unterlassungsansprüche geltend gemacht werden oder Forderungen aus Land-, Haus- und Maschinenkäufen anstehen. Neben dem legendären Buch »Der Gläubiger-K.O.« mit seinen praktischen Tipps bietet der Nomos-Kommentar »Gesamtes Recht der Zwangsvollstreckung« von Johann Kindl u.a. (2015, Nomos in Baden-Baden, 3162 S., 108 Euro) eine umfangreiche Sammlung und Kommentierung aller wichtigen Rechtsgrundlagen. Er ist für Gläubiger_innen wie für Schuldner_innen gleichermaßen nützlich. Den Kern bilden die relevanten Paragraphen der entsprechenden Zivilgesetze, deren Kommentierungen sich teilweise über viele Seiten erstrecken. Anschließend sind zusätzliche Gesetze und Verordnungen, auch aus der EU-Ebene, zu finden – überwiegend ebenfalls umfangreich kommentiert.

Jörg Bergstedt

GESCHICHTE UND SELBSTVERSTÄNDNIS VON »CONNECTION« E.V.

Nein zum Krieg

Die vor fast 25 Jahren gegründete Organisation Connection e.V. ist für KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen Anlaufstelle, um Unterstützung und Beratung in Asylverfahren zu erhalten. Der Verein ist international vernetzt und bereitet gemeinsam mit Gruppen und Organisationen in anderen Ländern Seminare, Veranstaltungen und Kampagnen vor, um gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht aktiv zu sein. Rudi Friedrich, Mitbegründer des Vereins, beschreibt die Arbeit sowie das politische Anliegen und blickt auf Erfolge und Misserfolge zurück.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH

Die Anfragen der letzten Woche: Ein Deserteur aus Armenien wurde im Asylverfahren abgelehnt, womit ihm und seiner Familie die Abschiebung droht. Mehrere türkische Wehrpflichtige erkundigen sich nach der sogenannten Freikaufregelung. Zwei israelische Kriegsdienstverweigerinnen werden für mehrere Wochen inhaftiert und brauchen internationale Unterstützung. Ein ägyptischer Kriegsdienstverweigerer sucht Schutz in Deutschland und bittet um Beratung, wie das gehen könnte.

Selbstorganisiert gegen Krieg und Militarisierung

Der in Offenbach ansässige Verein Connection e.V. wurde von Aktiven der Friedensbewegung gegründet. Schon zuvor waren sie als Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) international aktiv und organisierten zum Beispiel Solidaritätskampagnen für südafrikanische Kriegsdienstverweigerer oder für DeserteurInnen der US-Armee während des II. Golfkrieges zu Anfang der 1990er Jahre. Bei dieser Arbeit stellte sich heraus, dass erstaunlich viele KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen Schutz in Deutschland oder anderen europäischen Ländern suchen, aber in der Regel kein Asyl erhalten. Das war der Anlass für die Aktiven in Offenbach, dies zum eigenen inhaltlichen Schwerpunkt zu machen.

Dahinter steckte auch die Überlegung, wie antimilitaristische Arbeit gegen Krieg praktisch umgesetzt werden kann. Sicherlich gibt es dafür viele Möglichkeiten. Aber nur wenige dieser Möglichkeiten verbinden eine Arbeit gegen Krieg und Militarisierung mit einer konkreten Unterstützung der Personen, die sich zum Teil unter hohem Risiko dem Kriegeinsatz selbst verweigern. Für die Aktiven von Connection e.V. ist die Entscheidung, sich in einem Kriegsfall zu verweigern, zu desertieren oder abzuhausen, angesichts der drohenden Konsequenzen mutig. Dieser Schritt greift aber noch weiter, gerade auch gegenüber den jeweiligen Gesellschaften, die am Krieg beteiligt sind: KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen geben ein Beispiel für Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Kriegslogik, die nur Verbündete und Feinde, nur die militärische Auseinandersetzung, den Kampf sieht.

Gesellschaftliche Wirkung



▲ Kunstobjekt von Friedo Niepmann, 2015

Foto: Jürgen Tauras



▲ Kunstobjekt von Wolfram Kastner, 2015

Foto: Jürgen Tauras

Sie zeigen auf, dass es zwar einen Zwang gibt, zum Militär zu gehen und dort zu bleiben. Dies verhindert aber nicht, dass Personen nach Möglichkeiten suchen, sich dem auf ihnen lastenden Zwang zu widersetzen oder ihm auszuweichen. Sie stellen das Befehls- und Gehorsamsprinzip, ohne das das Militär mit seinen hierarchischen Strukturen nicht funktioniert, in Frage. Ihr Handeln ist ein Schritt der Emanzipation, der bis hin zu der Idee reichen kann, einen Krieg auf diese Weise zu beenden. Auch wenn es nur wenige Fälle gab, bei denen allein die Zahl der DeserteurInnen und KriegsdienstverweigerInnen eine Ursache dafür war, einen Krieg wirklich zu beenden, wie es der Fall beim

verweigerung aus Gewissensgründen verstanden werden, also einer generellen Ablehnung jeden Kriegeinsatzes.

Grundsatz Partizipation

Connection e.V. arbeitet mit etwa zehn Aktiven in Offenbach am Main und ist damit ortsgebunden. Die Aktiven treffen sich wöchentlich, um sich über die verschiedenen Projekte auszutauschen oder neue zu entwickeln. Zentrale Schalt- und Informationsstelle ist dabei ein Geschäftsführer, der hauptamtlich für den Verein tätig ist. Finanziell ist der Verein aufgrund von Fundraising unabhängig.

Ein Verein, so schreibt es das Gesetz vor,

»KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen stellen das Befehls- und Gehorsamsprinzip in Frage, ohne das das Militär mit seinen hierarchischen Strukturen nicht funktioniert.«

Krieg war zwischen Aserbaidschan und Armenien in den 1990er Jahren. Bis zu 90 Prozent der Rekruten auf der armenischen Seite entzogen sich dem Krieg. So wirkt ihr Beispiel doch in die Gesellschaften hinein.

Diese Überlegung ist zugleich ein Grund, weshalb sie von Staaten rabiat verfolgt werden, ihr Handeln mit schwerwiegenden Strafen geahndet wird. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass ihr Handeln zum Vorbild werden könnte.

Darüber hinaus ist ein solcher Schritt für viele auch die einzig mögliche Alternative, sich nicht an den Verbrechen eines Krieges zu beteiligen. Die Motive sind vielfältig und entsprechen nur selten denen, die hier in Deutschland als Kriegsdienst-

braucht einen Vorstand, der zumindest aus drei Personen besteht. Das Anliegen der Aktiven von Connection e.V. – und auch die von Beginn an umgesetzte Arbeitsweise – ist allerdings, keine Hierarchien entstehen zu lassen. So gibt es einen Vorstand, entschieden wird aber auf den wöchentlichen Treffen. Und dieser regelmäßige Austausch ermöglicht es auch, dass möglichst alle kontinuierlich an den inhaltlichen Prozessen und Diskussionen beteiligt sind.

Arbeit im internationalen Netzwerk

Durch die Position des Geschäftsführers bedingt, bündeln sich im Büro sehr viele Infor-

mationen, so dass dieser eine sehr zentrale Rolle einnimmt. Die Gruppe hat im Laufe der Jahre Arbeitsformen entwickelt, um eine Entkopplung der Arbeit der Gruppe und des Geschäftsführers zu verhindern. Der Geschäftsführer gehört nicht dem Vorstand an. Einige Projekte werden aus dem Kreis der Aktiven heraus organisiert, mit Unterstützung der Geschäftsstelle. Alle Veröffentlichungen werden zumindest von einer Person, besser von allen Aktiven, gegengelesen. Die Finanzverwaltung ist strikt von der Geschäftsführung getrennt. Bei Entscheidungen gilt das Konsensprinzip.

Kennzeichnend für die Arbeit ist neben dieser internen Struktur vor allem ihr Bezug zu anderen Organisationen und Gruppen. Nur wenn in einer Region, in einem Land, Connection e.V. mit einer anderen Organisation zusammenarbeiten kann oder es zumindest Personen aus diesem Land gibt, die in Deutschland aktiv sind, wird der Verein tätig. Selbst für die Bundesrepublik gilt, dass kaum ein Projekt von Connection e.V. völlig allein gestaltet und umgesetzt wird. Wichtig ist häufig auch, dass neben der bilateralen Zusammenarbeit sich auch Kontakte auf internationaler Ebene knüpfen lassen und es entsprechende Arbeitszusammenhänge gibt.

Rudi Friedrich ist Geschäftsführer des Vereins Connection e.V.

Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110,
63075 Offenbach
Tel.: 069 82 37 55 34
eMail: office@Connection-eV.org
www.Connection-eV.org

War Resisters International - WRI

Eine der internationalen Organisationen, mit denen Connection e.V. eng zusammenarbeitet, ist die War Resisters International (WRI) Internationale der KriegsdienstgegnerInnen. Sie ist 1921 in den Niederlanden ursprünglich unter dem Namen »Paco« (dem Esperanto-Wort für Frieden) gegründetes weltweit agierendes Netzwerk von Antimilitaristen, Kriegsdienstverweigerern und Pazifisten, dem gegenwärtig etwa neunzig Organisationen, Vereine und Verbände in mehr als vierzig Ländern angehören. Der heutige Sitz der WRI-Zentrale befindet sich in London. Grundlage war und ist die WRI-Erklärung:

»Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen.«

Eine der Hauptaufgaben, die sich die WRI gegeben hat, ist, die gewaltfreie Aktion gegen Kriegursachen zu propagieren und Menschen auf der ganzen Welt zu unterstützen und zusammenzubringen, die sich der Beteiligung an Krieg oder der Vorbereitung von Krieg verweigern.

Auf der Homepage der WRI findet mensch unter anderem die Liste »Gefangene für den Frieden«. Derzeit zählt sie 31 zivildcouragierte Menschen aus acht Staaten von Aserbaidschan bis USA, die man mit Karten oder Briefen unterstützen und ermutigen kann.

<https://www.wri-irg.org/de>

ANZEIGEN





Keine »Drückebergerei«

Connection e.V. begreift die Kriegsdienstverweigerung (KDV) als Menschenrecht und die betreffenden Verfolgten als schutzbedürftig.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das in Deutschland, wenn auch in eingeschränkter Form, Eingang in die Verfassung fand, ist ein wesentliches Rechtsgut, das zumindest einzelne Personen vor dem Einsatz im Militär schützt. Seit Jahrzehnten wird durch verschiedene Organisationen dafür gestritten, dass dies auf internationaler Ebene auch als Menschenrecht anerkannt wird. Und über die beiden letzten Jahrzehnte wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch durch eine ganze Reihe von Ländern anerkannt, so in einigen lateinamerikanischen Ländern und vor allem in Osteuropa.

Diffamierung und Kriminalisierung

Die KriegsdienstverweigerInnen sehen sich allerdings immer dem Vorwurf ausgesetzt, sich vor der gesellschaftlichen Verantwortung zu drücken. Sie werden denunziert und aufgrund ihrer Entscheidung diffamiert und teilweise auch kriminalisiert, so zum Beispiel ganz aktuell in Griechenland, wie Friedhelm Schneider in seinem Artikel auf unserer Homepage berichtet. Zwar hat das Land vor einigen Jahren nach internationalem Druck ein Kriegsdienstverweigerungsgesetz verabschiedet, es aber derart restriktiv verfasst, dass weiterhin Kriegsdienstverweigerer in Haft genommen werden.

Einige Länder, wie Aserbaidschan und die Türkei, sehen hingegen nach wie vor keinen Handlungsbedarf zur Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung. Sie ignorieren damit Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der 2011 in einem Grundsatzurteil feststellte, dass die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss des Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu verstehen ist und daher ein Menschenrecht darstellt.

KDV auch für SoldatInnen!

Die getroffenen gesetzlichen Regelungen sehen häufig vor, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur Personen zugestanden wird, die nicht im Militär sind. Anders gesagt: SoldatInnen haben in den meisten Ländern kein Recht, ihre Kriegsdienstverweigerung zu erklären. Andreas Speck von der War Resisters International schrieb 2013 dazu: »In vielen EU-Ländern, in denen die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft wurde, wurde zugleich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aufgehoben. Wie das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung EBCO darstellt, gibt es gesetzliche Regelungen für die Kriegsdienstverweigerung von Berufssoldaten nur in den Niederlanden und Deutschland. In Großbritannien gibt es Regelungen im Militär, die eine Entlassung aufgrund einer Kriegsdienstverweigerung möglich machen.« Im Fall des britischen Kriegsdienstverweigerers Michael Lyons zeigte sich jedoch, dass diese völlig unzureichend sind. Er wurde am Ende des Verfahrens zu sieben Monaten Haft verurteilt.

Plädoyer für KDV im Krieg

Gerade in einem Kriegsfall, also gerade dann, wenn eine Verweigerung gegen einen Kriegseinsatz unbedingten Schutz benötigt, wird von Militärs und Regierungen das Recht eingeschränkt, den VerweigerInnen Steine in den Weg gelegt oder sie werden, wenn sie ihre Verweigerung



▲ Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung in Berlin 2016

Foto: AWC Deutschland e.V.

erklärt haben, ins Kriegsgebiet entsandt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, denn jede Person hat selbstverständlich das Recht, andere Entscheidungen zu treffen. Eine Verweigerung ist eben nicht eine nur rationale Abwägung, wie die Wahl einer Arbeitsstelle, sondern resultiert sehr stark auch aus den jeweiligen Zusammenhängen und

Posten verlassen haben.

Deserteure sind in aller Regel keine Pazifisten, sondern entscheiden sich überwiegend situativ während ihres Dienstes zur Flucht. Deshalb müssen sie ihren Vorgesetzten vor ihrer Flucht auch nicht als schlechte Soldaten aufgefallen sein. Deserteure lehnen nicht unbedingt das

»Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit« Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention

Erfahrungen heraus. Angesichts der Gräueltaten, die SoldatInnen in einem Krieg sehen und erleben, ist die Entscheidung, dort nicht mehr mitmachen zu wollen und zu können, nur zu begrüßen.

Flucht aus der Truppe

Die Motive von DeserteurInnen und KriegsdienstverweigerInnen beziehen sich vielfach stark auf die konkrete Situation, den jeweils stattfindenden Krieg. Dies bedeutet auch, dass nicht alle VerweigerInnen auch nur im Ansatz eine Gewissensentscheidung gegen Militär und

Militär in toto und das Führen von Kriegen ab. Dies wird nicht zuletzt an der Figur des Überläufers deutlich, der ja zugleich ein Deserteur ist. Mit der Desertion endet für einen Überläufer nicht das militärische Engagement, sondern es wird faktisch in den Reihen des vormaligen Gegners fortgesetzt.

Legitime Entscheidung

Kriegsdienstverweigerer sind dagegen nicht unbedingt Soldaten. Ihre Entscheidung, keinen Kriegsdienst zu leisten, kann auch vor der

»Jemandem, der situativ und auch selektiv den Dienst in einem Krieg verweigert, muss das gleiche Recht zugestanden werden, wie jemandem, der jedem Militär und allen Kriegen eine Absage erteilt.« Connection e.V.

Krieg getroffen haben müssen. Obwohl die Bezeichnungen KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen in den verschiedenen Beiträgen in diesem Heft in der Regel zusammen verwendet werden, sollte man sich stets bewusst sein, dass es sich um zwei verschiedene Sozialfiguren handelt.

So ist der Deserteur stets ein Soldat, der sich eigenmächtig und dauerhaft dem Dienst entzieht. Von anderen Eigenmächtigkeiten der

Einberufung erfolgen. Sie kann aber auch das Resultat ihrer konkreten Erfahrungen während ihres Einsatzes beim Militär sein. Selten sind ihre Motive für ihre Entscheidung abstrakt, sondern gelten zum Beispiel einer bestimmten Kriegsführung, einem bestimmten Befehl. Ihre Motive müssen aber soweit reichen, dass sie sich spätestens im Verlauf ihres Handelns gezwungen sehen, ihrer Verwendung zumindest in einem bestimmten Krieg zu widersprechen. Dieses

»In vielen EU-Ländern, in denen die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft wurde, wurde zugleich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aufgehoben.«

Soldaten unterscheidet sich die Desertion vor allem dadurch, dass der betreffende Soldat nicht beabsichtigt, wieder seinen Dienst anzutreten. Deserteure sind deshalb auch von Soldaten zu unterscheiden, die lediglich vorübergehend den unmittelbaren Kontroll- und Machtbereich des Militärs verlassen haben, die also nicht zum befohlenen Zeitpunkt in der Kaserne oder auf dem Schiff eintreffen oder unerlaubt ihren

Merkmal ist konstitutiv für die Verwendung der Bezeichnung Kriegsdienstverweigerung.

Anders als in der vorherrschenden Rechtsauffassung basiert unser Verständnis des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung nicht auf dem Vorliegen einer Gewissensentscheidung. Legitimiert wird die Entscheidung gegen den Kriegsdienst durch den Bezug auf das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, das in verschie-

denen Gesetzeswerken zu den grundlegenden Menschenrechten gezählt wird. Dass Soldaten zugemutet wird, auf dieses Recht zu verzichten, zeigt an, wie wenig sie als Subjekte geachtet werden. Eine Rechtsauffassung, die sie tatsächlich als Subjekte erachtet, müsste den Soldaten jederzeit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einräumen, ohne dass die Inanspruchnahme an besondere Bedingungen geknüpft wird.

Gleiches Recht auch für Militärangehörige

Was außerhalb des Militärs eine Selbstverständlichkeit ist – niemand darf gegen seinen Willen gezwungen werden, Leib und Leben zu riskieren – gälte dann auch für Militärangehörige. Die Postulierung eines solchen Rechts bedeutet, dass die Motive der Verweigerer nicht über die Legitimität ihres Handelns entscheiden. Es reichte beispielsweise völlig aus, dass die Betroffenen schlicht nicht (mehr) bereit sind, ihr Leben im Krieg einzusetzen. Zweifels- ohne hat eine solche Fassung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung ihren Preis. Jemandem, der situativ und auch selektiv den Dienst in einem Krieg verweigert, muss das gleiche Recht zugestanden werden, wie jemandem, der jedem Militär und allen Kriegen eine Absage erteilt. Die normative Aufladung der Kriegsdienstverweigerung als eine Gewissensentscheidung, die sie in die Nähe des Sakralen rückt, spielt bislang eine wichtige Rolle in den politischen und kulturellen Auseinandersetzungen um die Akzeptanz der Kriegsdienstverweigerung. Da sich ohne die normative Aufladung schwerer der Vorwurf der Feigheit entkräften lässt und weil man feststellen kann, dass auch in einer historischen Perspektive der Bezug zur Religion ein wichtiges Motiv für die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung bildet, wird im Allgemeinen das Vorliegen einer Gewissensentscheidung als das konstitutive Merkmal einer Kriegsdienstverweigerung angenommen.

Wie auch immer es um die Motive der KriegsdienstverweigerInnen bestellt ist, festzuhalten ist: Wenn es keine legale Möglichkeiten gibt, den Kriegsdienst zu verweigern, und sie keine harten Strafen auf sich nehmen wollen, gar zu sterben bereit sind, müssen sie aus dem Machtbereich des Militärs fliehen. Sie werden damit in aller Regel als DeserteurInnen vom jeweiligen Staat verfolgt.

Kriegsdienstverweigerung in Südkorea

Lee Yong-suk gehört zu den 18.700 Kriegsdienstverweigerern in Südkorea, die seit Einführung der für alle Männer geltenden Wehrpflicht während des Koreakrieges 1950 bis 53 ins Gefängnis gingen, weil sie sich mit Verweis auf die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit weigerten, in den Streitkräften zu dienen.

2006 wurde er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich geweigert hatte, zur Armee zu gehen und damit der landesüblichen Wehrpflicht nachzukommen. »Ich wollte weder Opfer noch Verursacher von Gewalt sein. Ich wollte kein Sklave der Gewalt sein«, sagte Lee dem Korea Herald. »Keine noch so starke Armee hat jemals einen Krieg verhindert. Das Militär soll Kriege gewinnen, nicht sie beseitigen.«

Auch nach der Zeit im Gefängnis, so Kriegsdienstverweigerer Lee, hätten die Verweigerer mit einem sozialen Stigma zu kämpfen, das »Drückebergern« anhafte. »Es ist schwer für mich, Arbeit zu finden, weil ich keinen Militärdienst geleistet habe. Deshalb bin ich immer noch freiberuflich tätig«, sagte er.

Seit 1991 empfiehlt der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Südkorea, für Kriegsdienstverweigerer ein Programm einzuführen, das eine Alternative zum Militärdienst bietet. In der Empfehlung heißt es, die Regierung in Seoul verletze die Vorschrift des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert.

Von Januar bis Oktober 2016 weigerten sich 225 Männer, der Einberufung zu folgen. 535 Kriegsdienstverweigerer stehen nun vor Gericht.

aus The Korea Herald, 19. 12. 2016

ANZEIGE

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR 417/Libertäre Buchseiten
www.graswurzel.net/service

KRIEGSDIENSTVERWEIGERER VON ABSCHIEBUNG BEDROHT

Kein Asylgrund?

Etwa 300.000 Menschen sind in den 1990er Jahren allein im ehemaligen Jugoslawien desertiert. Zehntausende von ihnen kamen nach Deutschland. Im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan Anfang der 1990er Jahre sind in Teilen von Armenien über 90 Prozent der Rekruten nicht zum Militär gegangen. Tausende Eritreer und Eritreerinnen verlassen jedes Jahr das Land, um der Rekrutierung zum Militär zu entgehen.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH

Die meisten männlichen Flüchtlinge aus Syrien oder auch aus der Ukraine sind faktisch Militärdienstzieher oder Deserteure. Viele dieser DeserteurInnen suchen aufgrund der Verfolgung im Herkunftsland Schutz und Asyl. Obwohl es im vergangenen Jahr Zehntausenden Flüchtlingen gelungen ist, nach Deutschland und in andere EU-Staaten zu kommen, spielen in den Asylverfahren die Desertion und Kriegsdienstverweigerung kaum eine Rolle. Sie werden nicht als eigenständige Schutzgründe in den Anerkennungsverfahren erachtet. Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern gilt in der Regel nicht als Asylgrund. Dies ist auch vor dem Hintergrund des wieder stärker durchgesetzten Grenzregimes der EU bedeutsam. Deutsche Behörden und Gerichte billigen allen Staaten das Recht zu, die Wehrpflicht durchzusetzen, auch wenn es dort kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt oder wenn ihnen der Einsatz im Krieg droht. Das führt dazu, dass immer wieder Verweigerer und Verweigerinnen abgeschoben und somit dem Militär in anderen Ländern ausgeliefert werden.

Neue Richtlinie zum Abschiebeschutz

Erst seit 2008 wird durch eine Richtlinie der Europäischen Union die Verfolgung von Verweigerern, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen, als asylrechtlich relevant angesehen. Das ist neu und müsste bedeuten, dass zumindest ein Teil der Verweigerer solch einen Schutz erhält. Aber immer noch ist offen, wie die deutschen Behörden damit tatsächlich umgehen.

Aufgrund verschiedener Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gilt die Kriegsdienstverweigerung im Gebiet des Europarates als Ausfluss der Gedanken-, Gewis-



▲ André Shepherd vor Gericht

Foto: Connection e.V.

sens- und Religionsfreiheit nach Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention. In Auszügen sind eine Reihe von Urteilen in der 2014 erschienen Broschüre »Kriegsdienstverweigerung und Asyl« nachzulesen. Das bedeutet auch, dass sich Asylsuchende mit Verweis auf diese Urteile bei fehlender Gesetzgebung zur Kriegsdienstverweigerung darauf berufen können, da die Strafverfolgung eine Verletzung der Konvention darstellen würde. Sie hätten damit die Chance, zumindest einen Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes zu erhalten. Die Behörden werden allerdings im Asylverfahren in jedem Einzelfall prüfen, ob solch eine Verfolgung tatsächlich in Betracht kommt. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass das Bundesamt für Migration und mit einem Asylantrag befasste Gerichte prüfen werden, ob eine glaubwürdige Kriegsdienstverweigerung vorliegt.

Gewissensprüfung reloaded?

Letztlich läuft das auf eine Gewissensprüfung hinaus, die die Aktiven in Offenbach gemeinsam

mit vielen anderen Verbänden in den vergangenen Jahrzehnten bei deutschen Kriegsdienstverweigerern vehement bekämpft hatten.

Auch wenn es inzwischen Regelungen gibt, die für DeserteurInnen und KriegsdienstverweigerInnen einen asylrechtlichen Schutz oder zumindest ein Abschiebehindernis vorsehen: Das Asylverfahren ist unsicher und bietet nach wie vor keine Garantie dafür, nicht gegen seine Gewissensentscheidung erneut in den Kriegseinsatz geschickt zu werden. Das gilt umso mehr, da viele von ihnen keineswegs eine Entscheidung entlang der international gültigen Definitionen getroffen haben, sondern aus einer jeweils konkreten Situation heraus.

Der US-Deserteur André Shepherd klagt seit 2008 auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Weigerung, sich weiter am Irakkrieg der USA zu beteiligen. Ihm droht deshalb eine drastische Bestrafung in seinem Heimatstaat. Das Verwaltungsgericht München hat seine Klage im November 2016 abgewiesen. In seiner Presseerklärung begründete das Münchner Verwaltungsgericht am 17. November 2016 seine Entscheidung damit, »Nach ausführ-

licher Anhörung des Klägers in der gestrigen mündlichen Verhandlung ist das Gericht zu dem Ergebnis gekommen, dass die Desertion des Klägers nicht das letzte Mittel darstellte, um nicht an der Begehung von ihm befürchteter Kriegsverbrechen beteiligt zu werden. ... Zudem konnte der Kläger nach Ansicht des Gerichts nicht plausibel glaubhaft machen, dass er bei seinem konkreten weiteren Einsatz im Irak mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit mit seiner Einheit in die Begehung von Kriegsverbrechen verwickelt worden wäre.« Sein Anwalt kündigte an, in Berufung zu gehen.

Würdigung André Shepherd

aus der Laudatio für André Shepherd zur Verleihung des Menschenrechtspreises von PRO ASYL 2015:

»André Shepherd, Sie haben NEIN gesagt. Sie sind desertiert. Desertieren, das ist für viele ein heftiges Wort. Ein heftiger Vorgang. Desertion löst bei vielen Soldaten Wut aus. Da ist von Verrätern die Rede, von Kameradenschweinen. Von Drückebergern, von Schwächlingen, von Feiglingen. Lange Zeit wurde das auch in Deutschland so gesehen. Erst mit der historischen Aufarbeitung des Schicksals der Wehrmacht-Deserteure, die in den 80ziger Jahren begann, haben sich öffentlich andere Sichtweisen etabliert.

... Sie wollten kein Rädchen in der Maschinerie des Tötens sein. Respekt, dass Sie so offen waren. Dass Sie bereit waren, den anderen, den irakischen Zivilisten, den Mann, die Frau oder das Kind zu sehen. Als Mensch. Und dass Sie diesen Respekt vor dem anderen so hoch gehalten haben, dass alle militärische Logik dagegen nicht ankam.

... Ich freue mich auch, wenn durch Ihr Engagement, André, von Deutschland aus die europäische Rechtsentwicklung angestoßen wird. Wenn wir dazu beitragen, dass über die Not von Deserteuren nachgedacht wird. Über die persönliche Not derjenigen, die sich der Truppe entziehen. Und über das Anliegen derer, die einem ungerichteten Krieg den Boden entziehen wollen.«

Gigi Deppe, ARD Rechtsredaktion Hörfunk

ISRAEL: POLITISCHE FORDERUNGEN IM FOKUS

Internationale Solidarität

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit von Connection e.V. ist die Solidaritätsarbeit für inhaftierte KriegsdienstverweigerInnen in anderen Ländern. Für die Aktiven von Connection e.V. ist es dabei wichtig, die Solidaritätsarbeit zu verbinden mit der Arbeit gegen Krieg, die politischen Forderungen der Verweigerer also mit in den Vordergrund zu stellen. 2016 setzte Connection e.V. dies insbesondere zu Israel um.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH



▲ Israelische KriegsdienstverweigerInnen Yaron Kaplan und Tair Kaminer Foto: Hans-Dieter Hey

Im Januar 2016 wurde die israelische Kriegsdienstverweigerin Tair Kaminer verhaftet, nachdem sie im Einberufungsbüro ihre Verweigerung erklärt hatte. Sie hatte ihre Verweigerung gut vorbereitet,

auch mit Unterstützung von Connection e.V.

So hatten wir und das DFG-VK Bildungswerk Hessen sie im November 2015 gemeinsam mit einem weiteren israelischen Kriegsdienstverweigerer nach Deutschland eingeladen, um hier zwei Wochen lang Veranstaltungen durchzuführen. Die Tour führte die beiden in etwa zehn Städte. Die Veranstaltungen wurden von Gruppen und Organisationen vor Ort durchgeführt. Connection e.V. sorgte für bundesweite Werbung, Flugblätter, Plakate und bereitete die ReferentInnen an einem Wochenende auf die Veranstaltungstour vor.

Neben den gut besuchten Abendveranstaltungen sind vor allem die Besuche an Schulen hervorzuheben. Durch die persönlichen Schilderungen und Eindrücke der ReferentInnen, die zudem auch noch in einem ähnlichen Alter waren, war es sehr einfach möglich, zu SchülerInnen in Deutschland Kontakt zu bekommen und inhaltlich zu diskutieren.

Die damals 18-jährige Tair Kaminer hatte in der Tour bereits angekündigt, dass sie Anfang 2016 ihre Kriegsdienstverweigerung erklären werde. Anfang Januar 2016 schrieb sie: »Meine Verweigerung entspringt meiner Absicht, einen Beitrag für meine Gesellschaft zu leisten und sie zu verbessern. Ich bin bereit einen persönlichen Preis zu zahlen und ins Gefängnis zu gehen, als Ausdruck meiner klaren moralischen Position, dass ich nicht aktiv teilnehme an der Besetzung der palästinensischen Gebiete und der Ungerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk unter dieser Besetzung. Ich will nicht Teil des Kreislaufs des Hasses sein.« Sie sammelte auf

der Tour bereits Adressen, um Interessierte auf dem Laufenden zu halten. Zudem stellte sie ihre Verweigerung und Motivation in verschiedenen Interviews vor.

Vorbild Tair Kaminer

In Israel hatte sich zu ihrer Unterstützung ein Netzwerk von Gruppen gebildet, angeführt von Mesavrot. Es war zu erwarten, dass sie nach ihrer Verweigerung beim Rekrutierungsbüro der Armee für wenige Wochen inhaftiert, dann freigelassen und wenig später erneut einberufen wird. Dieser Kreislauf kann sich mehrere Male wiederholen, bis ein Ausschuss des Militärs die VerweigerInnen für nicht tragbar hält und aus der Armee entlässt. Die Haft wird jeweils in einem Militärgefängnis verbüßt. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung existiert faktisch nicht.

Tair Kaminer wusste also zu Beginn ihrer Kriegsdienstverweigerung nicht, wie oft sie inhaftiert werden würde. Insgesamt war sie schließlich 155 Tage in Haft, bevor sie Anfang August 2016 endlich aus dem Militär entlassen wurde. In Solidarität mit ihr gingen weitere Verweigerinnen in Israel an die Öffentlichkeit. Sie wurden alle relativ frühzeitig aus dem Militär entlassen.

Connection e.V. hatte sich auf diese Solidaritätsarbeit in Zusammenarbeit mit Tair Kaminer und Mesavrot vorbereitet. Eine Faxaktion an die israelische Regierung begleitete die Inhaftierung. Hunderte von Postkarten wurden an Tair Kaminer geschickt. Zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, dem 15. Mai, organisierte Connection e.V. gemeinsam mit

Association of World Citizens einen Aktionstag. So gab es Protestaktionen für ihre Freilassung in etwa 15 Städten in Deutschland und anderen Ländern. Erfreulich war zudem, dass die internationalen Medien ihre Aktion aufgriffen und darüber berichteten. Im Sommer 2016 wurde Tair Kaminer schließlich aus der Armee entlassen und konnte das Gefängnis verlassen.

Nach Bekanntwerden der Entscheidung zu ihrer Freilassung schrieb Tair Kaminer: »Diese Ankündigung, die nun nach über sieben Monaten Kampf kommt, ist für mich persönlich sehr erfreulich. Es kann als ein kleiner Sieg angesehen werden, mich freizubekommen. Aber der größere Kampf ist nicht der um meine Freiheit, sondern der gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes, so dass die beiden Nationen in Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Frieden zusammenleben können.«

ANZEIGE





JOURNALIST UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER KOTSABA

Widerstand gegen den Krieg in der Ukraine

2014 begann der Krieg in der Ukraine. Connection e.V. hatte im selben Jahr Kontakt aufgenommen zu Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstentziehern, die vor einem Kriegseinsatz geflohen waren und in Deutschland Asyl suchten. Schon dabei wurde deutlich, dass sich die Verweigerer der Rekrutierung auf beiden sich bekämpfenden Seiten entzogen hatten.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH

Anfang 2015 hatte sich der Journalist und Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba in einer Videobotschaft an den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gewandt und erklärt, er werde die Einberufung verweigern. Ruslan Kotsaba hatte seine Landsleute zugleich dazu aufgerufen, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern und sich der Einberufung zur Armee zu widersetzen. Wenig später wurde er verhaftet. Er wurde unter anderem wegen Landesverrat angeklagt, womit ihm eine Haftstrafe von 12 bis 15 Jahren drohte.

Das Verfahren in Iwano-Frankiwsk zog sich über Monate hin, währenddessen Ruslan Kotsaba unter menschenunwürdigen Umständen in Untersuchungshaft verbleiben musste. Das Gericht setzte immer neue Verhandlungstage an, vorgeblich um mehrere Dutzend Zeugen zu hören, die zum großen Teil jedoch nicht erschienen. Nach mehreren Monaten wurde deutlich, dass das Gericht damit faktisch schon über die Untersuchungshaft für eine Bestrafung sorgte.

Eine erfolgreiche Kampagne

Im Mai 2016 wurde er zu 3,5 Jahren Haft verurteilt, wegen »Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine«. Ruslan Kotsaba ging in Berufung. Das Verfahren gegen ihn wurde schließlich zwei Monate später aus Mangel an Beweisen eingestellt, Ruslan Kotsaba freigelassen.

Von Beginn an hatte Connection e.V. gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) eine Kampagne für seine Freilassung gestartet, Protestschreiben an die ukrainische Botschaft weitergeleitet und eine Postkartenkampagne zu Kotsabas Unterstützung gemacht.

Anfang 2016 wurde der Verhandlungstermin bekannt, an dem Ruslan Kotsaba seine Verteidigungsrede vor Gericht halten würde. Die Orga-



▲ Ukrainischer Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba

Foto: Privat

nisationen nutzten diese Gelegenheit dazu, eine Delegation zu entsenden, um damit zum einen internationale Solidarität zu signalisieren, aber auch, um gegenüber den ukrainischen Behörden deutlich zu machen, dass dieser Fall aufmerksam verfolgt wird.

Im April 2016 luden die Organisationen Ruslan Kotsabas Ehefrau, Uliana Kotsaba, für gut eine Woche nach Deutschland ein. Es fanden mehrere Veranstaltungen statt, auf denen sie über das Verfahren und die politischen Hintergründe informierte.

Darüber hinaus konnte ihr Besuch dazu genutzt werden, einige Bundestagsabgeordnete und die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung zu besuchen und hier erfolgreich um Unterstützung nachzufragen. Das wurde

schließlich auch von der deutschen Botschaft entsprechend signalisiert.

Nach seiner Freilassung im Juli 2016 schrieb Ruslan Kotsaba schließlich: »Ich danke Euch sehr. Ich denke, insbesondere die internationale Resonanz und der damit verbundene Druck auf Präsident Poroschenko haben dazu beigetragen, dass ich vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Mit Eurer Unterstützung gelang es, die Aufmerksamkeit auf die himmelschreiende Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf antimilitaristische Aktivitäten und auf die allgemeinen demokratischen Rechte in der Ukraine zu richten.«

ausführlichere Infos zur Ukraine und zum Fall Kotsaba unter: www.connection-ev.org

»Alle sind Produkt eines Systems, das Hass und Tod schafft und vermehrt«

Als 18-Jährige verweigerte Tamar Alon im November 2016 den Kriegsdienst in der israelischen Armee und begründete ihr Handeln.

TAMAR ALON

Ich traf die palästinensischen Freunde meiner Eltern schon von jungen Jahren an. Ich traf Menschen, die als meine Feinde angesehen wurden, aber sie lachten mich an, spielten und redeten mit mir. Diese frühen Erfahrungen haben mich gelehrt, auf die tägliche Realität der PalästinenserInnen zu schauen und die Realität meines eigenen Lebens mit kritischen Augen zu sehen. Ich kann nicht akzeptieren, dass davon ausgegangen wird, dass die Unterdrückung einer anderen Nation, die Versagung von grundlegenden Menschenrechten, Rassismus und Hass lebenswichtig für die Existenz Israels sein sollen.

Ich mache mir nicht vor, dass diese Realität eindimensional ist oder dass die Lösung einfach ist und sofort umgesetzt werden kann. Aber ich glaube, dass der Weg des Krieges, der Gewalt, der Unterdrückung und der Vorherrschaft uns auf Dauer die Aufrechterhaltung eines demokratischen Landes verwehren wird, »eine freie Nation im eigenen Land« zu sein. Ich weigere mich, der Einberufung in die israelische Armee zu folgen, trotz meiner Sorgen und meiner Liebe für das Land, zu dem ich gehöre – und mit der Erwartung, eine öffentliche Diskussion über das Selbstbild und die Zukunft anzustoßen.

Meine Entscheidung, zu verweigern, ist Ergebnis eines langen und schwierigen Prozesses. Aber der entscheidende Moment, in dem ich realisierte, dass ich mich weigern muss, dem Kreislauf von Opfer hier und Opfer da zu dienen, war während des 10. israelisch-palästinensischen Gedenktages, an dem ich teilnahm. Die beiden letzten Sprecher waren zwei trauernde Brüder: Yigal Elchanan, der bei einem Bombenattentat 1998 in Jerusalem seine 14-jährige Schwester verlor und Arab Aramin, der 2007 seine 10-jährige Schwester durch Schüsse der Grenzschützen der israelischen Armee in der Nähe ihrer Schule in Anata verlor. Sowohl Yigal wie auch Arab sahen auch die Mörder ihrer Schwestern als Opfer. Das öffnete mir die Augen, die Realität von Besatzung und Unterdrückung zu sehen, sowohl für die Herrschenden wie für die Beherrschten, die Unterdrückten wie für die Unterdrückten. Alle sind Produkt dieser Methoden und eines Systems, das Hass und Tod schafft und vermehrt. Der Geist aller ist verwundet. Schmerz und Leid ist auf allen Seiten gleichermaßen vorhanden. Die zwei trauernden Brüder haben mein Verständnis dafür gestärkt, dass es einen anderen Weg gibt und dass es meine Verantwortung ist, mich für diesen Weg zu entscheiden.

Tamar Alon: „Everyone is a product of this system which generates and duplicates hatred and death“. 16. November 2016. www.wri-irg.org/en/node/26903. Übersetzung: Rudi Friedrich

TREFFEN AUF ZYPERN

Austausch Aktiver international

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit von Connection e.V. ist die Solidaritätsarbeit für inhaftierte KriegsdienstverweigerInnen in anderen Ländern. Für die Aktiven von Connection e.V. ist es dabei wichtig, die Solidaritätsarbeit zu verbinden mit der Arbeit gegen Krieg, die politischen Forderungen der Verweigerer also mit in den Vordergrund zu stellen. 2016 setzte Connection e.V. dies insbesondere zu Israel um.

RUDI FRIEDRICH, OFFENBACH

KriegsdienstverweigerInnen sind von Rekrutierung und Strafverfolgung bedroht, nicht nur in Ägypten, Palästina oder Zypern, sondern auch in der Türkei, in Israel oder auch Griechenland. So entstand 2013 auf einem Seminar in Istanbul die Idee, eine Konferenz vorzubereiten, auf der sich die Aktiven aus den verschiedenen Ländern austauschen und gemeinsame Aktivitäten vorbereiten können. Connection e.V. setzte dies gemeinsam mit anderen Organisationen um. Das Vorbereitungskomitee bestand aus Aktiven der War Resisters International, einem internationalen pazifistischen Netzwerk und New Profile, einer feministisch-pazifistischen Organisation aus Israel. Gemeinsam wurde der Rahmen, Ort und Zeitpunkt festgelegt. Es konnten finanzielle Zuschüsse eingeworben werden, damit die Aktiven aus den verschiedenen Ländern anreisen könnten. Die Konferenz fand schließlich Anfang 2014 in der entmilitarisierten Pufferzone auf Zypern statt, auf Vorschlag der dortigen Gruppe. Die Länderberichte zeigten zunächst, dass es eine



▲ Teilnehmende der Konferenz zur Kriegsdienstverweigerung auf Zypern

Foto: Privat

»In manchen Ländern werden Angehörige von Minderheiten oder Bevölkerungsteilen, die unter Besatzung und Unterdrückungspolitik leiden, in ein Militär der Herrschenden rekrutiert.«

ganze Reihe von Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Ländern gibt. KriegsdienstverweigerInnen unterliegen in verschiedenen Formen Repressionen und Strafverfolgung. Militär und Polizei halten in hochmilitarisierten Gesellschaften Unterdrückung von Minderheiten, Besatzung und Ungerechtigkeit aufrecht. Internationales Recht wird missachtet.

Aber die TeilnehmerInnen sahen auch die Unterschiede. In manchen Ländern gibt es zumindest der Form nach ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, in anderen fehlt dies völlig. Eine weitere Besonderheit, die vor allem auf die Türkei und Israel zutrifft: Hier werden Angehörige von Minderheiten oder Bevölkerungsteilen, die unter Besatzung und Unterdrückungspolitik leiden, in ein Militär der Herrschenden rekrutiert. Die aus dieser Gruppe verweigernden RekrutInnen sehen ihre Handlung als Protest und Widerstand gegen diese Politik an.

Die wesentliche Arbeit zur Umsetzung der Konferenz war von Organisationen ausgegangen, die schon über Jahre in diesem Bereich aktiv sind. Mit der Konferenz ging es aber darum, die Aktiven aus den verschiedenen Ländern zusammenzubringen und ihnen eine Plattform für eine eigenständige Zusammenarbeit zu entwickeln. Insofern war es äußerst erfreulich, dass bereits am zweiten Tag die Rückmeldung kam, dass sich die OrganisatorInnen doch bitte zurückhalten mögen. Ja, so sollte es sein.

Nun gibt es nach wie vor eine lose Zusammenarbeit, zuletzt zur Unterstützung der israelischen VerweigerInnen. Darüber hinaus gibt es einen regelmäßigen Austausch von Informationen.

EUROPÄISCHE BÜRGERINNEN-INITIATIVE ERFOLGREICH GESTARTET

Initiative gegen Ackergift



▲ Aktion vor dem Start der Unterschriftensammlung am 8. Februar Foto: Campact e.V.

Eine Million Unterschriften

Um die Wiedergulassung von Glyphosat zu verhindern, starteten Organisationen aus 13 EU-Ländern am 8. Februar eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Verbot des Pestizids Glyphosat. Bis Ende Juni wollen sie mehr als eine Million Unterschriften sammeln. Danach entscheiden EU-Kommission und Mitgliedstaaten über die erneute Zulassung des Pestizids. In Deutschland wird die Initiative neben dem BUND von der BürgerInnenbewegung Campact, dem Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), der Agrarkoordination, dem Umweltinstitut München und der Organisation WeMove.EU getragen. Parallel laufen Proteste gegen Glyphosat in Rom, Paris, Barcelona, Madrid und Wien. Die Kampagne hat gut begonnen, denn bereits nach 14 Tagen hatten online mehr als 350.000 Menschen die Initiative unterschrieben.

Von der Kommission fordert die EBI das Verbot von Glyphosat, EU-weite obligatorische Pestizid-Reduktionsziele und eine von der Industrie unabhängige wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden. »Die Breite des Bündnisses zeigt ein klares Bekenntnis zu einem Europa, das seine Bevölkerung mit hohen Standards schützt. Die

Reaktion der Europäischen Kommission wird zeigen, wem sie mehr Gehör schenkt: den Agrarkonzernen oder uns Bürgerinnen und Bürgern«, sagte Jörg Rohwedder von WeMove.EU.

Weltweit meistverkaufter Pestizidwirkstoff

»Sie haben noch nie von Glyphosat gehört?« fragt die Agrarkoordination in ihrem Kampagnenflyer, und antwortet darauf: »Wahrscheinlich sind Sie aber mit diesem Pestizid regelmäßig in Kontakt – jedenfalls wenn sie konventionell hergestellte Lebensmittel essen. Oder Sie sind Hobbygärtner und ersparen sich gerne Arbeit mit Roundup – das ist das bekannteste Glyphosat-Produkt des US-Konzerns Monsanto.«

Laut Agrarkoordination werden in Deutschland mit dem Pestizid etwa 40 Prozent der Ackerflächen gespritzt. Es wird auch eingesetzt, um Gärten, Baumplantagen und öffentliche Wege, Plätze und Gleisanlagen unkrautfrei zu machen. Die Zeitschrift Ökotest hat herausgefunden, dass in 14 von 20 Backwaren Glyphosatrückstände enthalten sind. Verbreitet sind Rückstände zum Beispiel auch in Sojaprodukten und Linsen. Und Urinuntersuchungen

zeigen: die Mehrheit der Deutschen hat Glyphosat im Körper.

Die Ausbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen und die steigende Glyphosat-Nutzung gehen Hand in Hand. Die meisten gentechnisch veränderten Pflanzen wurden von Monsanto & Co extra dafür geschaffen, den Umsatz mit Glyphosat zu steigern. Der Trick: nur die gentechnisch veränderten Pflanzen überleben das Bespritzen – fast alle anderen Pflanzen werden durch das sogenannte Totalherbizid abgetötet.

»Unglaublich, aber wahr«, schreibt die Agrarkoordination: »trotz der Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Studien, die auf Gefahren von Glyphosat hinweisen, setzen sich deutsche Behörden für eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auf dem europäischen Markt ein – auf Kosten der Vorsorge für die Gesundheit von vielen Millionen Menschen.«

Die Organisationen der Bürgerinnen-Initiative kritisieren, dass die behördliche Risikobewertung fast ausschließlich auf Studien der Glyphosat-produzierenden Konzerne basiere.

Info:

<https://www.campact.de/glyphosat/>
www.agrarkoordination.de

Dieses Jahr will die EU-Kommission endgültig über das wahrscheinlich krebserregende Pestizid Glyphosat entscheiden. Die Agrar-Lobby will das Gift unbedingt: Studien werden indirekt bezahlt, unbequeme WissenschaftlerInnen öffentlich verleumdet. Doch Europas BürgerInnen wehren sich – und starteten eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) für ein Glyphosat-Verbot. Nach 14 Tagen haben schon mehr als 350.000 Menschen unterschrieben.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

»Schmetterlinge, Bienen und Vögel sind in ihrem Lebensraum bedroht, da das Pestizid Glyphosat alles Grün auf dem Acker tötet und wichtige Nahrungspflanzen für Insekten zerstört.« Daher sei Glyphosat maßgeblich verantwortlich für das Artensterben in der Agrarlandschaft, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND).

HAMBACHER FORST SCHWÄCHELT, ABER DER PROTEST GEHT WEITER

Aktion rote Linie

Vor kurzem stand da noch Wald, jetzt ist zwischen den noch übrigen Teilen des Hambacher Forstes und des Tagebaus Hambach nur noch eine grau-braune Brachfläche, mit Baumstümpfen und ein paar Sträuchern, zu sehen. Am Sonntag dem 19. Februar schwärmten hunderte in rot gekleidete Menschen über diese Fläche und verliehen ihr wieder etwas Farbe. Als Protest gegen die weitere Abholzung des Waldes bildeten sie eine rote Linie.

EVELYN BLUM, HAMBACHER FORST

»An einem Tag kann ich den 6.000sten und den 7.000sten Besucher des Hambacher Forstes begrüßen. Das ist ein riesen Erfolg!« ruft Michael Zobel, der als Waldpädagoge seit Jahren Führungen durch den Forst organisiert, ins Mikrofon. Die Polizei, die nur mit einigen Dutzend Beamten vor Ort war, spricht von 1.200 Teilnehmenden. Nicht nur aus der Umgebung, sondern auch aus den Niederlanden, Belgien und Berlin sind Leute angereist. Mit Geigen und Trommeln, einer Samba-Band und gutem Essen brachten sie Leben in die tot anmutende Landschaft.

Die rote Linie, das sollte eigentlich die Trasse der alten Autobahn A4 sein, über die hinaus die AktivistInnen im Forst die Abholzung verhindern wollten. Wie an der kahlen Fläche zu sehen war, ist ihnen das nicht gelungen. Auch in den letzten Februartagen wurden noch Bäume gefällt, wahrscheinlich die letzten für diese Saison. Für nächstes Jahr hat RWE weitere Abholzungen geplant. Der Teil vom Wald, der noch steht, macht keinen guten Eindruck. Die Bäume sehen grau aus, das Unterholz wurde von RWE größtenteils entfernt, auf den Pfützen liegt ein Ölfilm durch Schadstoffe aus dem Tagebau.

Ist der Wald noch zu retten?

»Die Bäume sind krank, weil das



▲ Das Baumhaus »Oak Town« im Hambacher Forst. Es ist eins von drei verbliebenen Baumhäusern Foto: Evelyn Blum

Wasser abgepumpt wird,« sagt Zobel, während er am Waldrand entlangspaziert. Damit der Tagebau nicht mit Grundwasser vollläuft, pumpt der Energiekonzern RWE das Wasser bis zu einer Tiefe von 500 Metern ab. Zum Vergleich: In der Lausitz wird das Wasser bis zu einer Tiefe von 50 bis 100 Metern abgepumpt. Zwar halten die zirka ein Meter dicke Humusschicht des 12.000 Jahre alten Forstes und der Lehmboden viel Wasser fest. Aber das reicht nicht: Bei einem Sturm im letzten Frühling sind Bäume umgefallen.

Dabei ist der Hambacher Forst einer der wenigen sogenannten Stieleichen-Hainbuchen-Maiglöckchenwälder in Europa. »Eigentlich müsste der Wald sofort unter Naturschutz stehen,« sagt Zobel. Das Land Nordrhein-Westfalen scheint aber die Braunkohle vorzuziehen.

»Ich weiß nicht genau, ob wir den Wald noch retten können,« sagt Zobel. »Aber die Natur ist stark.« Diese Kombination aus Zweifel und Optimismus lässt ihn weitermachen. »Manchmal bin ich deprimiert und denke, das macht alles keinen Sinn.

Aber vielleicht kommt das Umdenken ja doch noch. Braunkohle passt einfach nicht ins Jahr 2017.«

Ende der Braunkohle

Die Forderung nach dem Ende der Braunkohle treibt auch die AktivistInnen im Wald an. »Das Verbrennen von Braunkohle muss gestoppt werden. Sie müssen aufhören, die Bäume zu fällen,« sagt Erde, einer der AktivistInnen. Der Mann mittleren Alters mit den kurzrasierten Haaren steht inmitten der hohen, geraden Bäumen des Waldes. In etwa 15 Metern Höhe sind die Baumhäuser des Dorfes Oak Town zu sehen. Die Waldwege sind von Barrikaden unterbrochen und es sind Löcher in den Boden gegraben. So soll Autos der Zugang verwehrt werden. Neben Oak Town sind noch Beach Town und Gallion erhalten. Das vierte Dorf, Monkey Town, wurde geräumt.

Auch das Wiesencamp am Rande des Forstes ist bedroht. Anfang Dezember hat das Oberverwaltungsgericht NRW entschieden, dass das Camp illegal ist. Der Eigentümer des

Grundstückes, der Steuerberater Kurt Claßen, hat nun das Bundesverwaltungsgericht eingeschaltet. Bisher wurde die Wiese nicht geräumt.

Es gebe regelmäßig Übergriffe der Polizei, so Erde. »Aber die Polizei traut sich nicht nachts in den Wald.« Eher würden die Seile zu den Baumhütten abgeschnitten und die Infrastruktur am Boden zerstört. Auch unbewachte Baumhütten werden Erde zufolge von RWE-Mitarbeitern zerstört.

Der Kampf geht weiter

Für Erde ist der Kampf gegen die Braunkohle und für den Erhalt des Hambacher Forstes aber noch nicht vorbei. »RWE kann nicht einfach so weitermachen,« sagt er. Kleinere Sabotage-Akte unterstreichen das. Als Reaktion, auf die Rodungen Ende Februar etwa, verursachten Unbekannte einen Kurzschluss in den Oberleitungen der Hambachbahn. Auf dem Blog des Hambacher Forstes wird kontrovers diskutiert, ob eine solche Aktion legitim ist.

Erde betont auch die Vernetzung der Umweltbewegung, die im Hambacher Forst stattfindet. Die Proteste gegen die Abholzung des Forstes gehen schon 30 Jahre zurück, aber seit der ersten Waldbesetzung 2011 haben sie ein Kraftzentrum bekommen. Nicht zuletzt die wachsende Anzahl an Menschen, die an den Rote-Linien-Aktionen teilnehmen, zeigt das. Zur Aktion am 19. Februar waren nicht nur Leute aus der Region, sondern auch aus Berlin, und mit Bussen aus Belgien und den Niederlanden gekommen. Die Hoffnung auf ein »neues Wendland« (Siehe den Text von Alfredo Emilio Weinberg in Contraste Juni 2014) im Forst ist also nicht erloschen.

Und wenn der Hambacher Forst am Ende komplett gerodet wird? »Daneben ist ja noch ein Wald,« sagt Erde. Der politische Kampf um die Bäume geht auf jeden Fall weiter.

Info: <http://hambacherforst.blogspot.de/>

ANZEIGEN

iz3w

Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem: EU gegen Geflüchtete | Debatte um Wachstumskritik | Gedenken an »Trostfrauen«

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

Feminismus?

Das Problem der Gleichheit in der Geschlechterfrage

Rosa Luxemburg und »bürgerliche Werte«

Kontroversen!

Informativ, knapp und klar: Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905 Die Weltbühne seit 1918 Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die heutige Generation hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Platfmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskepek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

INTERVIEW ZUR TRANSFORMATIONSTAGUNG IN STUTTGART, 24. - 26. MÄRZ

Kultur der Verbindung statt Ökonomie der Ausbeutung

Ausgelöst durch globale Krisen, wird seit einigen Jahren von einer Großen Transformation gesprochen. Sie soll zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Weltgesellschaft führen. – Was eine wirkliche Transformation bedeuten würde und wie wir sie anstoßen oder gestalten können, ist Thema einer Tagung mit internationalen Gästen, die Ende März im Forum3 in Stuttgart stattfindet. Einer dieser Gäste, die US-amerikanische Autorin Sarah van Gelder, erzählt im Interview von einer neuen Kultur der Verbindung, die sie bei Menschen gefunden hat, die ein »neues Amerika« mit einer gerechten und ökologischen Zukunft aufbauen wollen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Hallo Sarah, im letzten Jahr hast Du eine 12.000 Meilen lange Reise durch ein »neues Amerika« unternommen, deine Erfahrungen aufgeschrieben und ein Buch veröffentlicht. Was macht dieses »neue Amerika« aus und wie beschreibst Du es?

Ich entschied mich, an Orte in Randgebieten zu gehen, weil so viele Menschen und Institutionen in den großen Zentren des Reichtums und der Macht im Status quo eingebettet sind. Hier sind die Belohnungen enorm für diejenigen, die einfach mitmachen an den Dingen, so wie sie sind.

Aber immer mehr AmerikanerInnen werden zurückgelassen – und dies hauptsächlich in einigen bestimmten Regionen des Landes. Nur zwanzig AmerikanerInnen besitzen so viel Reichtum wie die Hälfte der Bevölkerung des Landes. So war ich neugierig, ob ein anderes Amerika auftaucht unter jenen Zurückgelassenen und unter denen, die sich einer gerechteren und ökologisch gesunden Zukunft verschrieben haben.

Und tatsächlich fand ich die Samen dieses neuen Amerika: Menschen, die Gemeinschaft vor Gewinn setzen, die sich für den Schutz der natürlichen Umwelt einsetzen und die ihre Verantwortung für künftige Generationen verstehen. Menschen, die an eine integrative Gemeinschaft glauben und dazu bereit sind, aus ihrem bequemen Alltag hinauszutreten, um sich über Rassen- und Nationalitäten-Grenzen hinweg zu bewegen. In meinem Buch beschreibe ich dies als eine »Kultur der Verbindung« im Gegensatz zu unserer aktuellen »Ökonomie der Ausbeutung« (economy of extraction).

Als Mitgründerin und Autorin hast Du vor zwanzig Jahren gemeinsam mit einem Kollegen das »YES!-Magazin« gegründet. Was war das

wichtigste Ziel für Euch damals?

Über die Bemühungen der Menschen zu berichten, eine gerechtere, nachhaltigere und mitfühlendere Welt zu schaffen, und sie damit sichtbar zu machen.

Wirtschaft zusammentragen. Und hier können wir auch wechseln – von einer Gesellschaft, die die natürliche Welt verbraucht, zu einer Gesellschaft, die bewahrend ist.

All diese Veränderungen geschehen in realen Beziehungen (nicht in

in Erfahrungen und Geschichten, nicht nur Theorie geerdet sein. Und es sollte auch durch eine ganzheitliche Perspektive darüber informiert werden, wie der Wandel geschieht und wie die Dinge jetzt funktionieren und warum.

Danke für das Gespräch.

Sarah van Gelder nimmt an der Stuttgarter Transformationstagung (vgl. Kasten) teil, ebenso wie die Engländerin Pam Warhurst, die von ihrem Netzwerk von Urban Gardening-Projekten berichtet wird und wie der Berliner Autor und Filmregisseur Fabian Scheidler, der das Buch »die Megamaschine« geschrieben hat. Außerdem beteiligen sich die Brasilianerin Valeria Carrilho (Gemeinschaftsprojekt Monte Azul), die Bolivianerin Saron Cabero (Buen Vivir), der Algerier Belkacem Amarouche (Sufismus), der norwegische Musiker Torbjørn Eftestel sowie der Stuttgarter Künstler Andreas Mayer-Brennenstuhl an den Diskussionsprozessen.



▲ Wandmalerei in Montana, wo ViehzüchterInnen und Indigene eine riesige Kohle-Tagebauminne stoppten: »In Wahrheit nennen wir Menschen diesen Ort unsere Heimat«
Illustration: Sarah van Gelder

Was, glaubst Du, kann eine aktive deutsche Zivilgesellschaft aus der Geschichte des »YES!-Magazins« lernen?

Dass es heute für die Zivilgesellschaft, für die Gemeinschaft und für eine Wirtschaft, die auf Teilen und auf Beziehungen beruht (love economy), eine entscheidende Aufgabe gibt. Zu oft erwarten wir Progressiven von der Regierung, die Dinge zu lösen. Und die Konservativen erwarten, dass private Einrichtungen die Dinge lösen.

Beide vergessen jedoch einen wichtigen dritten Sektor, der die Quelle vieler Kreativität, Lebensqualität und neuer Möglichkeiten ist. Dieser dritte Sektor ist auch das Umfeld für Beziehungen, die eine Quelle tiefer Zufriedenheit und tiefen Lernens sind – zum Beispiel, wo wir uns gegenseitig herausfordern können, den Kampf mit dem verankerten Rassismus aufzunehmen.

Hier können wir auch die Bausteine einer gerechteren und nachhaltigeren

Online-Beziehungen), mit anderen Menschen und mit der natürlichen Umwelt.

Welche Fehler könnten wir vermeiden, wenn wir in Deutschland ein solches Magazin herausbringen wollten?

Was »YES!« einflussreich macht, ist, glaube ich, wesentliche Fragen zu stellen. Fragen wie, was passiert, wenn es nicht genügend Arbeitsplätze gibt? Könnten wir eine Wirtschaft haben, die den Planeten wieder aufbaut, statt ihn zu verbrauchen? Wie können wir mit Konflikten umgehen – nicht indem wir uns gegenseitig töten oder sie vertuschen, sondern indem wir uns tief in die Quellen der Meinungsverschiedenheiten und unserer Bestrebungen für etwas anderes einlassen?

Und noch eine Erfahrung: Vermeidet Ideologie und festgelegte Antworten. Es genügt nicht, dass ein Artikel sich »gut anfühlt« oder in ein vages progressives Spektrum fällt, sondern er muss echt sein. Er muss den Menschen einen plausiblen Weg vorwärts anbieten. Er muss

Auch passiert es RedakteurInnen und AutorInnen, die europäischer (einschließlich weißer, amerikanischer und kanadischer) Herkunft sind, leicht, dass sie ihre Denkweise, ihre Werte, ihr Wissen als die Norm ansehen, und diejenige anderer Hintergründe oder Weltanschauungen die Ausnahme seien – das »Anderere«. Dies ist eine allgegenwärtige und subtile Form weißer Vorherrschaft, die fortfährt, auch progressive AutorInnen und DenkerInnen zu vergiften. Ebenso gehen männliche AutorInnen und DenkerInnen oft davon aus, dass sie Anspruch auf mehr Macht und mehr Stimme haben.

Die Führung für eine Transformations-Ära wird wahrscheinlich eher ausgehen von Menschen anderer Farbe (people of color) als von Weißen; von Frauen, von Menschen an den Rändern, die bisher nicht so gründlich für das Festhalten am Status quo belohnt wurden. So sollte eine Zeitschrift sicherstellen, dass es Frauen und Menschen aller Hautfarben in allen Ebenen der Entscheidungsfindung, als AutorInnen und GestalterInnen gibt.



▲ Die US-Autorin Sarah van Gelder kommt zur Transformationstagung nach Stuttgart
Foto: Sarah van Gelder

Transformations- tagung-Stuttgart

Fr. 24. März - So. 26. März 2017

»Wir sind schon mittendrin ... und fangen gerade erst an« - Transformationstagung mit internationalen Gästen.

Ort: Forum 3, Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart

Info und Anmeldung: Carol Bergin Colibri - Beiträge für eine menschenwürdigere Welt e.V.
Tel. 07071 - 25 56 08

Infos: www.transformationstagung.org (inkl. ganzes Interview mit Sarah van Gelder)

Buch
Sarah van Gelder: The Revolution where you live. Geschichten von einer 12.000-Meilen-Reise durch ein neues Amerika. 2017, engl., Bezug: www.yes-magazine.org

DER POLITISCHE KRIMI

Gesellschaftskritik im Literaturformat

Eine Contraste-Serie von Roman Schweidlenka

»Er, Sie, Es«: Einer der besten Science Fiction-Politthriller der letzten Jahrzehnte. Beim Lesen des bereits 1993 auf Englisch erschienen Romans von Marge Piercy wird schnell deutlich, dass wir uns durchaus realistisch auf die beklemmende Situation zubewegen, die die Autorin in ihrem Roman entwirft: Die Welt wird von einigen großen Multis beherrscht, die

das Leben ihrer Angestellten bis in das kleinste Detail kontrollieren. Einige freie Städte konnten sich halten, neunzig Prozent der Menschen leben als Tagelöhner oder Leiharbeiter in Slums, die von Gangs kontrolliert werden. Doch da und dort regt sich Widerstand, nicht zuletzt getragen von der Hauptfigur Shira. In diese düstere Kulisse arbeitet Piercy das

unter die Lesehaut gehende Thema der künstlichen Schaffung von Leben ein: Die Nebenhandlung spielt im jüdischen Ghetto Prags im 16. Jahrhundert, wo ein der kabbalistischen Esoterik kundiger Rabbi einen Golem zur Verteidigung der Juden gegen rassistische Übergriffe schafft. In der Haupthandlung gelingt die Schaffung eines Cyborgs, halb Maschine, halb

biologisches Wunderwerk, der eigenes Denken und Fühlen entwickelt und nicht zuletzt zum begehrten Sexstar der im Roman wandelnden Damenwelt avanciert. Beide künstlichen Produkte, Golem und Cyborg, werden am Ende zerstört. Die Moral aus der eigenwilligen, aufwühlenden Geschichte: Kein Mensch hat das Recht, Leben zur Befriedigung egois-

tischer Begehren zu schaffen. Allen digitalen Freaks in das Stammbuch geschrieben: Die subtile Warnung vor »kunstvollen Scheinwelten, in denen die Leute Leben spielen, statt sich Gedanken über die Welt zu machen, die wir alle am Hals haben.« (S. 15)

Marge Piercy: Er, Sie, Es. Argument Verlag, Hamburg 2016, 29 €; ISBN 978-3-86754-403-0

NEUES PARADIGMA DES WISSENS



Politische und aktuelle Bücher, die nach einem Vierteljahrhundert neu herausgegeben werden, gibt es wohl nicht viele. Doch das vom AG SPAK-Verlag zu Recht als Standardwerk bezeichnete Buch »Ökofeminismus« beeindruckte damals und auch heute wieder mit einer präzisen Analyse und mit überzeugenden Lösungsansätzen, die die beiden Autorinnen Maria Mies und Vandana Shiva aufzeigen.

Die dargestellten Probleme des herrschenden Industriesystems sind seit der Erstausgabe nicht verschwunden, sie haben sich vielmehr verschlimmert und neue, bedrohlichere sind hinzugekommen: neue Kriege, Flüchtlinge, Wirtschaftskrisen, die Ratlosigkeit der Politik und Ängste vor der Zukunft. Die Ursache dafür seien jedoch immer noch die gleichen: Profitgier und grenzenloses Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten.

Dieses »grenzenlose Wachstum ist aber ohne Gewalt gegen die Natur, gegen Frauen und fremde Völker nicht zu haben«, stellen die Autorinnen fest. Neu sei nur die inzwischen deutliche Zunahme dieser Gewalt, der sie sich entschieden entgegenstellen. Denn »wir wissen, dass das Leben von Gaia, unserer Mutter Erde, nur erhalten werden kann, wenn die Gewalt durch einen liebenden und achtsamen Umgang mit Erde, und den Menschen ersetzt wird.« Ökofeminismus verstehen sie als neuen Begriff für eine alte Weisheit, die die Menschen als Mitgeschöpfe in einer lebenswerten Natur sieht – Männer eingeschlossen. Oder wie Vandana Shiva in ihrem Nachwort zur aktuellen Ausgabe schreibt: »Es sind Feministinnen, ökologische und indigene Bewegungen, die ein neues Paradigma des Wissens schaffen, das auf Beziehungen beruht, auf lebendigen Systemen, auf Vielfalt und Selbstorganisation.«

Die beiden Autorinnen überzeugen nicht nur mit ihrer fundierten Analyse der herrschenden Zustände, sondern liefern auch jede Menge konkrete Beispiele von Menschen, die in ihrem direkten Umfeld angefangen haben, Teile einer anderen Welt aufzubauen. Besonders spannend zu lesen sind die lebendigen Erzählungen der beiden Autorinnen, wenn sie beispielsweise zum Thema Selbstorganisation die ersten Auseinandersetzungen der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) mit der Stadt Köln für selbstbestimmtes Arbeiten mit den Kämpfen der Chipko-Bewegung gegen ein Staudammprojekt in Indien und für die Kontrolle ihrer eigenen Ressourcen miteinander verknüpfen. Das Buch ist eine lohnenswerte und packende Lektüre als Begleitung auf der Suche nach einer besseren Welt.

Peter Streiff

WENN POP GESCHICHTE WIRD



Musik ist ein zentraler Faktor des politischen und kulturellen Umbruchs der 1960er Jahre gewesen. Mittelweg 36, die seit Ende 1992 erscheinende Hauszeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat nun einem Doppelheft sieben Artikel und ein Interview unter der Titelaussage »Wenn Pop Geschichte wird« zusammengestellt.

Der Beitrag von Detlef Siegfried ist mit 44 Seiten der umfangreichste. Er fragt anhand vieler Quellen nach dem Gebrauchswert der damals gängigen These, Rockmusik sei der (amerikanischen) Gegenkultur entsprungen oder historisch sonst irgendwie »von unten« gekommen. Dies wird anhand der in den 1970er Jahren in deutschen linken Medien geführten Debatte und vor allem am Beispiel von Bob Dylan nachvollzogen. Der Bogen reicht bei Siegfried vom (angeblich besonders authentischen) Blues, Reggae und Folk über die »Umsonst und Draußen« oder »Rock gegen rechts«-Festivals bis zum Fremdeln der Sponti-Linken mit dem Punk am Ende des Jahrzehnts.

Diese Authentizitätsvorstellung und die damit verbundene Emanzipationserwartung werden auch in anderen Beiträgen kritisch aufgegriffen. Der Beitrag »Fliegende Klassenfeinde« von Jens-Christian Rabe (Süddeutsche Zeitung) mit dem etwas sperrigen Untertitel »Affirmation als Subversion oder die Geburt der deutschen Poptheorie aus dem Verdruss über linksalternativen Authentizitätskult und Schweinerock« ist open access. Klaus Nathaus unterzieht einige historiografische Annahmen über Popkultur einer Kritik. Isabel Richter untersucht das widersprüchliche Feld, in dem in den 1960er und 1970er Jahren Pop, Drogen und östliche spirituelle Lehren wie Zen oder Yoga im globalen Nordwesten in einer semi-religiösen Bricolage zusammengeführt wurden. Alexander Simmeth berichtet über Krautrock (Can, Amon Düül), während zwei detaillierte Lokalstudien die Perspektive nochmals weiten: Stefan Krankenhagen schreibt über popkulturelle Orte in Hildesheim, und Joachim Landkammer erzählt anhand einer Band über Rockmusik in der Provinz, im konkreten Fall der unterfränkischen zwischen Bamberg und Schweinfurt. Diese zwei Beiträge sind eine wirkliche Bereicherung, da sie Räume jenseits der urbanen Metropolen untersuchen.

Die Texte sind bis auf das banale Interview mit Wolfgang Kraushaar durchweg sehr lesenswert und werden durch die von Kraushaar erstellte Protestchronik (die Rock gegen Rechts im Juni 1979 in Frankfurt/Main zum Thema hat) gut ergänzt. Das Heft bietet wichtige Impulse zum noch lange nicht auserforschten Verhältnis von »(Gegen-) Kultur« und Linksradikalismus. Es bleibt zu hoffen, dass der mit Heft April 2015 begonnene optische und personelle Relaunch von Mittelweg 36 fortgesetzt wird. Notwendig in diesen (düsteren) Zeiten wäre es.

Bernd Hüttner

ICH KÄMPFE, ALSO BIN ICH



Der Film des Regisseurs Yannis Youlountas zeigt: »Aus Griechenland und Spanien weht ein Wind des Südens gegen die Resignation.« Am Strand ein Kind mit einer Spieluhr, das chilenische Kampflied »El pueblo unido, jamás será vencido«. Ein besetztes Haus in Cadix, Zwangsräumungen, Selbstmord und Solidarität. In Barcelona Straßenschlachten um das Nachbarschaftszentrum Can Vies. Auf Kreta verteidigen die Bewohner*innen ihre Landrechte gegen Konzerne, die dort Windkraftanlagen bauen. Aktivist*innen besetzen eine Arbeitsagentur und eine Bank in Jerez de la Frontera. Mit einem »Marsch der Würde« ziehen zwei Millionen Menschen im März 2014 nach Madrid. Szenen von Straßenkämpfen und ein Lied über den »unwiderstehlichen Drang, Pflastersteine zu schwingen«.

Ein 5-jähriges Mädchen in Griechenland wird nicht von der Kita abgeholt. Seine Mutter hat ihm einen Zettel mitgegeben: »Ich komme nicht zurück, um Ana zu holen. Ich habe nichts, um sie großzuziehen. Verzeihe mir.« Ana kommt in ein SOS-Kinderdorf, wie viele andere auch. In der Schule werden Kinder vor Hunger ohnmächtig. Im kommunistischen Dorf Marinaleda in Andalusien regeln die Bewohner*innen ihre Angelegenheiten seit 30 Jahren auf wöchentlichen Versammlungen. Hier, wie auch an vielen anderen Orten in beiden Ländern, arbeiten die Menschen in Genossenschaften zusammen.

Im September 2013 wurde der Rapper Pavlos Fyssas in einem Athener Vorort von einem Mitglied der faschistischen Partei Goldene Morgenröte ermordet. Sein Freund und Kollege erzählt über ihn. Ältere berichten von ihrem Kampf gegen die Militärdiktatur 1967-74 und von der gemeinsamen Überwindung der Angst. Seit damals ist der Exarchia-Platz in Athen ein Zentrum des Widerstands und der Utopie. Hier und auch auf Kreta kämpfen Pädagog*innen an selbstverwalteten Schulen für eine demokratische Erziehung und Bildung.

Der Film ist ein wilder Ritt durch Kämpfe und Alternativen. Die kurzen Statements von Aktivist*innen werden umrahmt von Poesie, Musik und philosophischen Zitaten. Am Schluss tauchen alle Personen nochmals auf, manche wiederholen den Filmtitel »Ich kämpfe, also bin ich«, andere finden eigene Formulierungen. In der letzten Szene liegt die Spieluhr verloren am Strand.

Der Film – eher ein philosophisches Werk als eine Doku – gibt reichlich Diskussionsstoff. Während die einen begeistert sind, kritisieren andere die Heroisierung des Straßenkampfes. Er steht unter einer Creative-Commons-Lizenz online, auch mit deutschen Untertiteln. Der Regisseur bittet ausdrücklich um öffentliche Vorführung.

Elisabeth Voß

Yannis Youlountas: Ich kämpfe, also bin ich (Je lutte donc je suis), frz. mit UT (dt./engl.), 1 Std. 45 Min.: <http://jeluttedonjesuis.net>

VON DEN AUTONOMEN ZUR INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN?



Robert Foltin gibt in seinem neuen Buch einen Schnellüberblick über die theoretischen Debatten und politischen Organisationsversuche nach dem Ende der klassischen Autonomen der 80er (und 90er)-Jahre.

Die Autonomen der 1980er prägte, so Foltin, vor allem ihre Gegenkultur und ihr Antiimperialismus. Nach dem Ende des Systemkonflikts Ost-West und dem Aufstieg des Postfordismus seien diese beiden Register so nicht mehr tragfähig gewesen. Der autonome, kurzfristige Aktionismus sei durch den Versuch, mehr organisatorische Kontinuität und größere politische Ausstrahlung zu schaffen, abgelöst worden. Nur so seien die Autonomen aus der undankbaren Rolle herauszulösen gewesen, sozusagen der militante Arm der grünen Partei zu sein, der mit Kampagnen den politischen Druck aufbaut, den dann Grenzträger der Macht, wie Parteien, Gewerkschaften und NGOs für ihre Zwecke kanalisieren. Nicht zuletzt sei eine subkulturelle Szene eben keine Gegenmacht.

Foltin stellt dann die Organisationsversuche im Bereich des Antifaschismus vor, und jene, die, wie etwa die Avanti-Gruppen oder auch Für eine linke Strömung (Fels) später prägend für die seit 2010 aktivere Interventionistische Linke werden sollten. Parallel dazu montiert Foltin immer wieder Kampagnen, die den neuen Ansatz transportierten: Heiligendamm 2007, Dresden, Castor schottern, Blockupy; sowie internationale Ereignisse, die vom Aufstand der Zapatistas 1994 bis zur Debatte um Syriza 2015 reichen, und neue Themen – wie etwa Care-Revolution, EuroMayDay oder »Recht auf Stadt« - in seinen Text – und diskutieren deren Bedeutung für linke Debatten.

Das Buch bringt für ältere, oder erfahrene Leser_innen sicher wenig neues, es ist mehr ein Geschichtsbuch über die letzten beiden Jahrzehnte linksradikaler Politik, das allein aufgrund seines Umfangs oftmals oberflächlich und verkürzt oder verkürzend bleiben muss. Ausführlicher geht Foltin in seinem Buch »Autonome Theorien« darauf ein, das 2015 vom Wiener Mandelbaum Verlag veröffentlicht wurde. Eine Rezension dazu erschien in Contraste im Oktober 2015. Insgesamt ist Foltin den »neuen Formen« gegenüber zu unkritisch. Denn macht die IL heute nicht – wenn auch mit besserer Begründung – genau die Kampagnenpolitik, gegen die sich Fels in ihrer berechtigten Autonomen-Kritik damals gewendet hatte? Seltsam abwesend bleibt auch der Umstand, dass die postautonomen Kreise das Reservoir sind, aus dem sich Gewerkschaften und Parteien bei Bedarf ihr neues, hochkompetentes Personal rekrutieren, während für weite Teile der autonomen Linken »Politisch-Sein« vor allem aus life-style-politics und Identitätspolitik besteht. Die Revolutionierung des Alltags steht weiterhin aus.....

Bernd Hüttner

Robert Foltin: Post-Autonomie. Von der Organisationskritik zu neuen Organisationsformen?, unrast Verlag, Münster 2016, 74 Seiten, 7,80 EUR

DIE PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT - DAS (UN-)BEKANNTWESEN?



In ihrer empirischen Studie untersucht Rosane Yara Rodrigues Guerra die sozialen Auswirkungen von Genossenschaften, die Arbeitsplätze für ihre Mitglieder zur Verfügung stellen. In Deutschland sind Produktivgenossenschaften weniger verbreitet als in anderen Ländern, und es ist wenig über sie bekannt. Die Autorin befasst sich ausschließlich mit eingetragenen Genossenschaften (eG), nicht mit Kollektivbetrieben in anderen rechtlichen Formen. Zur Studie haben nur vier Genossenschaftsverbände beigetragen, trotzdem werden immerhin 60 gewerbliche Produktivgenossenschaften und 10 beschäftigungsorientierte Sozialgenossenschaften analysiert, was geschätzt 30 Prozent aller Genossenschaften dieser Art in Deutschland umfasst. Die Datenerhebung bezieht sich auf das Jahr 2011.

Im ersten Teil werden theoretische Grundlagen dargelegt: Besonderheiten von Genossenschaften, ein kurzer, gut lesbarer geschichtlicher Abriss des Genossenschaftswesens in Deutschland und ein Vergleich mit Italien und Schweden – vor allem unter dem Aspekt der öffentlichen Unterstützung. Ein wenig sperrig lesen sich die Ausführungen zu Teilhabe und Inklusion, in denen es vor allem um die Bedeutung der Erwerbsarbeit im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse geht.

Der zweite Teil stellt die statistischen Ergebnisse der Untersuchung der Genossenschaften, sowie der Befragung beschäftigter Mitglieder vor, jeweils unterteilt nach Produktiv- und Sozialgenossenschaften. Die meisten Produktivgenossenschaften gibt es im Gebiet der ehemaligen DDR. Nur in vier Genossenschaften arbeiten alle Mitglieder mit und sind alle Beschäftigten auch Mitglieder. Untersucht werden unter anderem Größe, Branchen und wirtschaftliche Situation. Diese Genossenschaftswelt ist noch immer recht männerdominiert, um die Mitglieder Demokratie steht es nicht zum Besten, Anerkennung und öffentliche Förderung fehlen. Bei der Mitgliederbefragung wurden unter anderem Sozialdaten, Zufriedenheit und Engagement erhoben. Die Beschäftigung in einer Genossenschaft bewahrt nicht automatisch vor Niedriglöhnen, führt jedoch bei Vielen zu größerer Lebenszufriedenheit.

Die detailreiche Studie bietet sich als Fundgrube zur weiteren Erforschung von Problemen und Potenzialen von Produktiv- und Sozialgenossenschaften an, und könnte dazu beitragen, Produktivgenossenschaften in Wissenschaft und Politik sichtbar zu machen.

Elisabeth Voß

Rosane Yara Rodrigues Guerra: Inklusion und Teilhabe durch Arbeitnehmergenossenschaften - Zur Lage beschäftigter Mitglieder von Produktivgenossenschaften in Deutschland, Verlag Springer VS, Wiesbaden 2017, 212 Seiten, 39,99 Euro

Maria Mies, Vandana Shiva: Ökofeminismus - Die Befreiung der Frauen, der Natur und unterdrückter Völker; eine neue Welt wird geboren. Komplett überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, AG SPAK-Bücher, Neu-Ulm, Oktober 2016, 350 Seiten, 28 Euro

Mittelweg 36, Heft 4-5, Oktober/November 2016, 204 Seiten, 18 EUR, www.mittelweg36.de

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

AUSBEUTUNG

» **Cinéma Klassenkampf** «
06. März 2017 (Berlin)

Eine Film- und Veranstaltungsreihe von labournet.tv. Die Internet-Plattform für Filme aus der Arbeiter*innenbewegung zeigt Arbeitskämpfe und macht Erfolge von Menschen sichtbar, die normalerweise im Schatten stehen. Einmal im Monat präsentiert die Redaktion im Kreuzberger Movimiento Kino nun Filme über prekäre Arbeitsbedingungen und Widerstand am Arbeitsplatz. In der Auftaktveranstaltung der Reihe "Cinéma Klassenkampf" geht es um die Zustände an deutschen Hochschulen. Im gleichnamigen Film sehen wir zwei Forscherinnen der TU Berlin, die bei einem Arbeitseinsatz in Uruguay gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind.
Ort: *Movimiento Kino Kreuzberg, 19067 Berlin.*
Info: » <http://de.labournet.tv> «

ANTI-ATOM-BEWEGUNG

Atommüll verhindern, bevor er entsteht
11. März 2017 (Hamburg)

Der sogenannte Atomausstieg ist beschlossen - Atompolitik kein Thema mehr? Täglich fahren Atomtransporte quer durch die Welt, um die Atomindustrie mit neuem Brennstoff zu versorgen. Diese Transporte sind zugleich die Achillesferse der Atomindustrie - ohne Atomtransporte könnten Atomkraftwerke nicht laufen. Atomkraft soll verhindert werden bevor er entsteht! » *Wir wollen kein weiteres Fukushima, wir wollen atomare Katastrophen im Keim ersticken und die Versorgungstransporte der Atomindustrie stoppen. Darum rufen wir anlässlich des Fukushima-Jahrestages am Samstag auf zu einer Demonstration im Hamburger Hafen* «
Start 14 Uhr: *Elbpromenade (U-Bahn Baumwall)*
Info: » <http://umweltfairaendem.de> «

Frühjahrskonferenz
31. März - 02. April 2017 (Göttingen)

Bis vor einigen Jahren gab es noch regelmäßig Frühlings- oder Herbstkonferenzen, bei denen sich Aktive aus verschiedenen Spektren und Gruppen der Anti-Atom-Bewegung trafen und inhaltlich austauschten. Viele vermissen das. Deshalb lädt das Informationsnetzwerk gegen Atomenergie » *contrAtom* « zu einem gemeinsamen Treffen mit Workshops, Diskussionen und allgemeinem Austausch ein. Wo steht die Anti-Atom-Bewegung eigentlich und was sind aktuelle Themen? Wo sind Anknüpfungspunkte an andere Energiekämpfe? Warum soll gerade Atomkraft auf Hausmülldeponien landen?
Info: » <http://www.contratom.de> «

Tour de Natur aktiv - umweltbewegt - unaufhaltsam
29. Juli - 12. August 2017)

Die diesjährige Fahrradtour kommt zum ersten Mal in die Schweiz und geht vom Dreiländereck Basel durch den Südwesten der Republik. Auch die geplante Strecke über Mulhouse, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim bis nach Kaiserlautern ist Neuland. Am letzten Tag ist ein Friedensfest in Ramstein geplant. 2017 steht wieder das Thema Atomkraft auf der Agenda, schließlich liegen Fessenheim und Philippsburg direkt an der Tourstrecke.
Info: » www.tourdenatur.net «

BEWEGUNGSFORSCHUNG

Friedensengagement gestern, heute, morgen
24. - 26. März 2017 (Hannover)

Thema dieser Tagung ist der Dialog zwischen den Generationen in der Friedensbewegung. Der Freitag beginnt mit dem Hauptvortrag des skandinavischen Friedensforschers Jörgen Johansen über Generationen in den sozialen Bewegungen. Am Samstag sollen Themen, wie z.B. Gewaltfreie Aktionen, Veränderungen in den Organisationsformen, Geschlechtergerechtigkeit uvm. behandelt werden. Dazwischen liest Rezi Mal-

zahn aus ihrem Buch » *Älterwerden in den Bewegungen* «. Die Tagung endet am Sonntag mit einer Provokation von zwei Aktivist*innen aus dem Jugendaktionsnetzwerk Junepa mit dem Titel » *Lahme Friedensbewegung* «.
Ort: *Naturfreundehaus, Hannover*
Info: » <http://www.soziale-verteidigung.de> «

SELBSTORGANISATION

Wie wollen wir Wohnen-Leben-Arbeiten sinnhaft gestalten?

28. - 30. April 2017 (Köln/Bonn)

Das 31. Zukunftswerkstätten-Jahrestreffen - offen für alle, befasst sich mit der Suche nach neuen Wegen des Wohnen, Arbeitens und Zusammenlebens. Zwischen Wohnen und Arbeiten steht heute nicht nur das Private, sondern auch das nachhaltige, ökologische und solidarische Miteinander. Das Leben in der Gesellschaft orientiert sich zunehmend an Maßstäben des Gemeinwohls, der Selbstorganisation und der Teilhabe. Wer gestaltet mit? Was verbindet uns? Welchen gesellschaftlichen und politischen Beitrag leisten Zukunftswerkstätten in Ramstein geplant. 2017 steht wieder das Thema Atomkraft auf der Agenda, schließlich liegen Fessenheim und Philippsburg direkt an der Tourstrecke.
Ort: *Jugendakademie Walberberg, 53332 Bornheim*
Info: » www.data.part-o.de «
Anmeldung: » *jahrestreffen@zwnetz.de* «

Kongress: Selber Machen 2017
28. - 30. April (Berlin)

Wie kann Selbstorganisation von » unten « in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aussehen: Im Stadtteil, im Arbeitsleben, in der Kultur. Dabei soll der Kongress einen Rahmen bieten, in dem Aktivist*innen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen und ihre Erfahrungen austauschen, sich über die Perspektiven und Aktionsformen der jeweils anderen informieren können. Der Kongress soll einen Ort erschaffen, an dem Impulse für

die langwierigen Aufbauprozesse zustande kommen, denen wir uns alle in den kommenden Jahren widmen werden müssen - wenn wir gegen Staat, Kapital und reaktionäre Krisenlösungsstrategien wirkliche Alternativen von links zur Debatte stellen wollen. Um unsere Perspektiven zu erweitern wollen wir zudem einen Rahmen stellen, in dem auch die Erfahrungen von Bewegungen anderer Länder - wie der Türkei, Griechenland, Kurdistans und Mexikos - mit anwesenden Aktivist*innen diskutiert werden können.
Ort: *Betanien-Südflügel; Marianenplatz, Berlin-Kreuzberg*
Infos unter: selbermachen2017.org
Kontakt: selber-machen@systemli.org

SOZIALE MEDIEN

63. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen
11. - 16. Mai 2017

Spätestens seit Donald Trumps Wahlsieg ist überall vom Ende der Internet-Utopie die Rede. Doch um welche Utopie geht es hier genau und wie sahen die Modelle partizipativer Medien vor dem Internet aus? In den letzten Jahren werden zunehmend die Schattenseiten der medienvermittelten Kommunikation aller mit allen deutlich. Es herrscht politische Hetze, Rassismus und eine unversöhnliche und an Argumenten anderer desinteressierte Diskussionskultur in den sozialen Medien. Unter dem Titel » *Soziale Medien vor dem Internet, 1960-1990* « werden die vielseitigen und teils wenig bekannten Formen alternativer Medienarbeit vor der weltweiten digitalen Vernetzung gezeigt. Gleichzeitig sollen die utopischen Hoffnungen der Vergangenheit aufgezeigt und die Frage, inwieweit sich die aktuelle Entwicklung schon in den frühen Medienexperimenten angedeutet hatte, diskutiert werden.

Orte: *Kino im Walzenlager, Lichtburg Filmpalast / Oberhausen*
Weitere Infos: » www.kurzfilmtage.de «

KLEINANZEIGEN

MITSTREITER_INNEN GESUCHT

Hofprojekt im Raum Lemgo/Bielefeld sucht Mitstreiter_Innen! Wir sind eine Gruppe von Menschen (2w, 2m, 3k) die ein alternatives Wohn- und Arbeitsprojekt auf dem Land aufbauen wollen.

Für weitere Infos: www.loewenzahn.blogspot.eu

KOMMUNARDINNEN GESUCHT

Frisch gebackene Landkommune im Sauerland, nahe Hennesee/ Meschede sucht noch viele MitkommunardInnen.

Infos und Kontakt: kommunea@gmx.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN - EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an: contact@artinweb.de, www.artinweb.de

.....

Kleinanzeigen

.....

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

.....

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Ulrike Kümpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bächstadt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin

BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org

ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

GÖTTINGEN:
Kai Böhne
kai.boehne@contraste.org

HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hilmarkunath@web.de

KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beyss@posteo.de

KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 59 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

STUTT GART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
hans.wieser@contraste.org

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
genossenschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kümpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck GmbH und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.koop.de>
webmaster@contraste.org

KONTAKT
Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook: www.facebook.com/contraste-monatszeitung
twitter: [contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)

ANZEIGEN

www.secondbandshirt.com

unter www.jungewelt.de/granma
per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
oder nutzen Sie nebenstehenden Coupon
Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung **Granma Internacional** für mindestens ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau Herr Contraste

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das Normalabo (18 €/Jahr) Förderabo (33 €/Jahr)
Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Probexemplar gewünscht?
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 1-2/17 u.a.:

- Stefan Schoppengerd: »Hohle Herrschaftsinszenierung in Hamburg« - Der kommende G20-Gipfel
- Jörn Boewe: »Nicht überall ist Bosch« - über eine neue Flexibilisierungsoffensive
- Marcus Schwarzbach: »Arbeit im Visier« - Über das Regierungs-Weißbuch 4.0 und Unternehmer-Kämpfe gegen Schutzgesetz
- Burghard Flieger/Peter Monien: »Quadratur des Kreises?« - Über die IT-Genossenschaft 4freelance
- Kim Moody: »Wer hat Trump ins Weiße Haus gebracht?« - über US-Wahlen
- Unter_bau: »Schule gegen den autoritären Charakter« - Bewerbung um die Stelle als Kanzlerin der Goethe-Universität
- Rudolph Walther: »Schicksal einer Autobiographie« - Die politische Instrumentalisierung von Eribons »Rückkehr nach Reims«

Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de · www.express-afp.info